

Wer zieht die Fäden bei dem Krieg zwischen Russen und Tschetschenen im Kaukasus, und wem dient dieser Krieg? Mit dieser Frage befaßte sich bereits der Artikel „Die Brzezinskis und das ‚Große Spiel‘ im Transkaukasus“ in *Neue Solidarität* 41/1999. Die Geschichte der geopolitischen Manipulationen im Kaukasus und Zentralasien ist zwei Jahrhunderte alt. Das „Große Spiel“ im Kaukasus ist zugleich ein Paradebeispiel für die Geheimstrategie des britischen Empire, an der sich bis heute wenig geändert hat.

David Urquharts „Heiliger Krieg“

Zur Geschichte des „Großen Spiels“ der Briten im Kaukasus

Im Jahre 1785 sammelte der Tschetschenenführer Naqshbandi Sufi Scheich Mansur die Stämme der Tschetschenen, Inguschen, Osseten, Kabardiner, Tscherkessen und Dagestaner zu einer Revolte gegen das weitere Vordringen des Russischen Reiches in die Berge des Kaukasus. Vor 1774 waren der Kaukasus und der Transkaukasus, der heute Armenien, Aserbaidzhan und Georgien umfaßt, vom Persischen und vom Osmanischen Reich an langer Leine regiert worden. Nach Rußlands Sieg über das Osmanische Reich im Krieg von 1768-74 machte sich das russische Militär über den Kaukasus her. Scheich Mansur hißte die Flagge der „Bergvölker“ gegen den Zaren. Obwohl Mansurs 20 000-Mann-Heer 1791 beim russischen Ansturm zerschlagen wurde, wurde Scheich Mansur zum Helden der Bergvölker, seine Revolte zur Inspiration für die heutigen Aufstände im Kaukasus.

Seltsamerweise war Scheich Mansur gar kein Tschetschene. Sein eigentlicher Name war Giovanni Battista Boetti, und vor seiner Konversion zum Islam war er Dominikanermönch. Wenn auch direkte Verbindungen Boettis zu Venedig und London nicht bekannt sind, so diente seine Rebellion doch deren geopolitischen Zielen.

Jahre später tauchte ein weiterer Held der Bergvölker auf. 1837 schrieb James Bell, ein Agent des britischen Geheimdienstes, der sich im Kaukasus aufhielt, in seinen Memoiren, ein Tscherkessen-Fürst habe ihm den „heiligen Ort“ gezeigt, „wo Daud Bey (genau drei Jahre zuvor) eine Versammlung mit den Stammesführern dieser Gegend abgehalten und sie erstmals mit der Idee beseelt hatte, sich mit den anderen Bewohnern der Bergprovinzen unter einer gemeinsamen Regierung und Ausrichtung zusammenzutun.“ Daud Bey hatte die Unab-

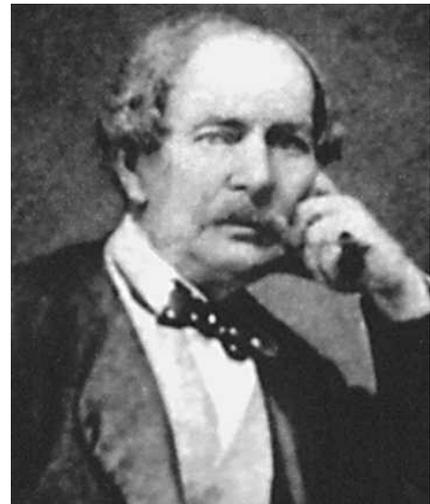
hängigkeitserklärung der Tscherkessen und ihre Flagge entworfen.

Auch Daud Bey stammte nicht aus dem Kaukasus. Er hieß eigentlich David Urquhart und war 1834 vom britischen Geheimdienst in einer Sondermission dorthin geschickt worden. Urquhart war ein politischer Zögling Jeremy Benthams, des Begründers und Chefs des nach der Amerikanischen Revolution neu organisierten britischen Geheimdienstes. Als er 1833 in das Osmanische Reich abkommandiert wurde, war Urquhart direkt Sir Herbert Taylor, dem Privatsekretär König Williams IV., sowie Außenminister Lord Palmerston unterstellt. Anlaß für Urquharts erste Türkeireise war der russisch-türkische Vertrag von 1833, durch den Rußland praktisch die Kontrolle über die strategisch wichtigen Dardanellen erlangte. Wie Urquhart schrieb, war es seine Aufgabe, „sich die notwendigen Informationen zu beschaffen, um interne Organisationsmaßnahmen vorzuschlagen, falls die britische Regierung die Türkei unter ihren Schutz nähme, oder um... im gegenteiligen Fall dem störenden Einfluß Rußlands entgegenzutreten“.

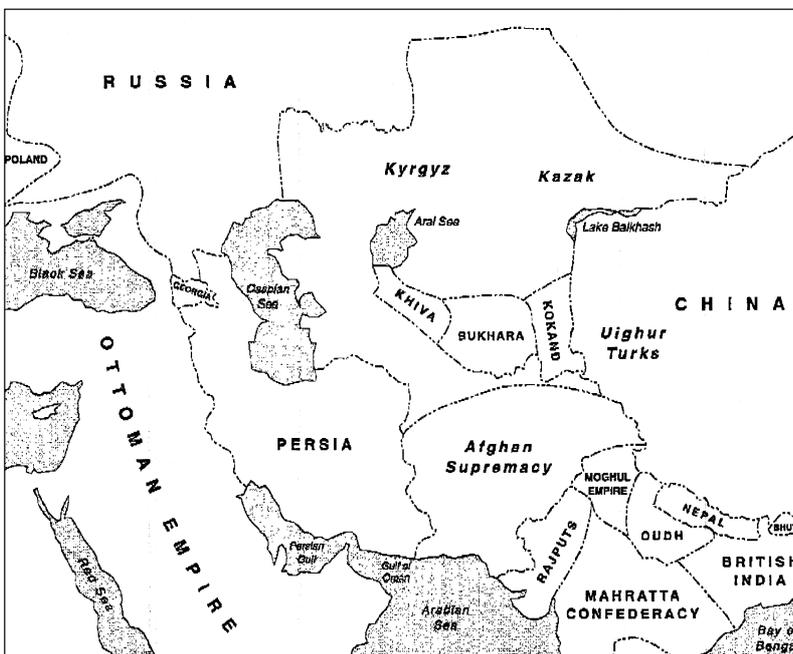
Urquharts Mentor für die Revolte im Kaukasus war Fürst Adam Czartoryski, ein gebürtiger Pole, der während der Napoleonischen Kriege russischer Außenminister gewesen war und später die fehlgeschlagene polnische Rebellion gegen Rußland 1830 mit anführte.

Nach diesem Unternehmen floh Fürst Czartoryski nach Britannien, wo er dem britischen Außenministerium mit der Aufgabe zugewiesen wurde, Aufstände gegen das russische Reich zu organisieren, wodurch er zum Schutzherrn der kaukasischen Stämme und Urquharts wurde.

Im 19. Jahrhundert entsandte der britische Premier Lord Palmerston (links) seine Agenten aus, um Rebellionen gegen die Rivalen des Empire anzuzetteln. Einer davon war David Urquhart (rechts).



Der Kaukasus und Zentralasien 1763



Der Siebenjährige Krieg zwischen der britischen und französischen Empire endete 1763 mit dem Sieg der Briten. Das war das Ende Frankreichs als Seemacht. Britannien konnte seine Präsenz in ganz Asien ausweiten. Frankreich mußte sich aus Indien zurückziehen, wo es noch zehn Jahre zuvor die vorherrschende europäische Macht gewesen war. Von Bengalen aus begannen die Briten den gesamten Subkontinent zu übernehmen. Auch das Ende der französischen Kontrolle über das Osmanische Reich rückte näher, und die Briten standen dort auf dem Sprung. China war schwach, aber noch nicht unter britischer Kontrolle. Die weiten Gebiete zwischen Rußland, China und dem späteren British-Indien wurde von türkischen Nomaden und afghanischen Stämmen besiedelt, hinzu kamen die drei Oasen-Khanate Chiva, Buchara und Kokand. Rußland war die einzige große Landmacht in der Nähe. Weiter westlich schickte sich Rußland an, die gesamte Kaukasusregion zwischen Schwarzem und Kaspischem Meer zu übernehmen. Der Kampf um die Kontrolle über diese Gegend wurde später als das „Große Spiel“ bezeichnet.

Volle britische Unterstützung

Im Juli und August 1834 bereiste Urquhart als Geschäftsmann getarnt die Ostküste des von Rußland kontrollierten Schwarzen Meeres. Bei der Festung Anapa traf er sich mit 15 tscherkessischen Beys und 200 Dorfältesten und bot ihnen Salz, Schießpulver, Blei und schließlich die volle britische Unterstützung für die Revolte gegen Rußland an. Rußlands blutige Unterdrückung der Kaukasusvölker, vom Ersten Vizekönig Michail Woronzow leidenschaftlich betrieben, machte Urquharts Aufgabe um so leichter. Wie Prinz Kochubey zu jener Zeit einem amerikanischen Besucher erklärte, sind „die Tscherkessen genau so unbezähmbar und unzivilisiert wie eure Indianer... und dank ihrer natürlichen Kraft und ihres Charakters nur durch Ausrottung zur Ruhe zu bringen“. „Daud Bey“ hielt Wort, und ab sofort flossen Hilfs-

lieferungen und andere Unterstützung in den Kaukasus.

1834 veröffentlichte Urquhart die Schrift *England, Rußland und die Türkei*, mit der er um Unterstützung für seine anwachsende Rebellion warb. Er argumentierte, für die Sicherheit der Türkei mußten Britannien und Frankreich das russische Vorrücken im Kaukasus unterbinden. 1835 gründete Urquhart die Zeitschrift *Portfolio*, die sich mit der „Ostfrage“ auseinandersetzte. In der ersten Ausgabe wurden russische Geheimdepeschen veröffentlicht, die angeblich Rußlands Ambitionen bestätigten. Eine spätere Ausgabe enthielt seine tscherkessische Unabhängigkeitserklärung.

1836 kehrte Urquhart als britischer Botschaftssekretär in die Türkei zurück. Gegen Ende Oktober rüstete er privat einen Schoner, die *Vixen*, aus, um trotz der russischen Handelsrestriktionen mit den Tscherkessen Handel zu treiben. Anfang 1837 brachten die Russen das Schiff auf. Der britische



Rußland dehnte sich im 16. Jahrhundert in den Kaukasus aus, aber die Unterwerfung der Region war erst Mitte des 19. Jahrhunderts abgeschlossen. Aufgrund der Schwierigkeiten, die rückständigen Bergstämme zu unterwerfen, verlief die Expansion nicht einfach in Nord-Süd-Richtung. Der Großteil der Region bestand aus sich befehdenden Emiraten, die entweder zum Osmanischen oder Persischen Reich gehörten. Nur Georgien hatte eine gewisse Unabhängigkeit. 1763 beherrschte Rußland fast die gesamte Nordflanke der kaukasischen Bergkette sowie den strategisch wichtigen Daryal Gorge, den Durchgang nach Georgien und dem gesamten Transkaukasus. Rußland besetzte 1783 fast ganz Georgien und annektierte es 1805-10. In den 80er Jahren des 18. Jahrhunderts zerschlug Rußland eine Revolte der Bergvölker im Kaukasus.

Nach dem russisch-osmanischen Krieg 1787-91 übernahm Rußland die Kontrolle über die Nordostküste des Schwarzen Meers. 1796 beherrschte es fast die gesamte Küste des Kaspischen Meers und annektierte dieses Gebiet formell im Jahre 1805. Rußland dominierte die Schwarzmeerküste am Ende der Napoleonischen Kriege, und nach dem russisch-osmanischen Krieg 1828-29 zwang es die Türken, sämtliche kaukasischen Gebiete aufzugeben. 1830 nahm Rußland die gesamte Region in Besitz.



Nur zwei Enklaven blieben außerhalb der russischen Kontrolle: eine Enklave der Tscherkessen an der Schwarzmeerküste und eine von Dagestanern, Tschetschenen und Inguschen bewohnte östliche Bergenklave. Erst 1864 konnte Rußland nach 30 Jahren brutalen Guerillakrieges auch diese Regionen unterwerfen.



Botschafter in der Türkei wandte sich an Palmerston mit der Bitte, eine Flotte zu schicken, aber Palmerston wollte sich zu jenem Zeitpunkt noch auf keine Krise einlassen.

1840 mündeten die tscherkessischen Guerilla-Aktionen gegen die russischen Streitkräfte schließlich in einen allgemeinen Aufstand aller Bergvölker — Tschetschenen, Inguschen, Dagestaner und Kabardiner. Anführer des Aufstands war Scheich Shamil von Dagestan, der wie der ehemalige Dominikanermönch Scheich Mansur aus dem Sufi-Orden der Naqshbandi kam. Shamil gründete ein Imam, das die Region mit eiserner Faust regierte.

Während des Krim-Kriegs zwischen Rußland und Britannien 1853-56 wurde in London überlegt, die kaukasische Schwarzmeerküste mit Hilfe der Tscherkessen zu erobern, aber man verwarf diese Möglichkeit. 1856 bei der Friedenskonferenz in

Paris scheiterte London mit seinem Vorstoß, einen tscherkessischen Pufferstaat zwischen Rußland und der Türkei zu schaffen.

Selbst nach dem Krim-Krieg unterstützte London weiter die kaukasische Rebellion. Tscherkessische Führer reisten nach Istanbul, um sich mit dem britischen Botschafter Sir Henry Bulwer zur Planung weiterer Operationen zu treffen. Aber die russische Reaktion auf die Rebellion wurde zunehmend brutaler. Als die Revolte 1864 schließlich zusammenbrach, waren über eine Million Tscherkessen getötet oder ins Osmanische Reich vertrieben worden. „Daud Bey“ hatte die Bergregion schon lange vorher verlassen. Nach dem Zwischenfall mit der *Vixen* schied Urquhart offiziell aus den Diensten der britischen Regierung aus und diente sich dem Sultan des Osmanischen Reiches als Berater an.

Joseph Brewda und Linda de Hoyos

General Thomson und der Kampf um Berg-Karabach

Wie der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidtschan geschürt wurde

Der Erste Weltkrieg bot Britannien die Gelegenheit, erneut im Kaukasus einzugreifen, und zwar diesmal ganz unverhüllt. Nachdem in Rußland die Menschewiken 1917 die Regierung übernommen hatten, erklärten sich Armenien, Aserbaidtschan und Georgien für unabhängig von der russischen Herrschaft. Auch die Tschetschenen, Dagestaner und andere Bergstämme erklärten ihre Unabhängigkeit und bildeten eine Republik der Bergvölker. Aber die Unabhängigkeit war nicht von langer Dauer. Im November 1918 drang eine 23 000 Mann starke britische Expeditionsarmee unter General William Thomson von Persien her in die Kaukasus-Region ein. Sie brachte die Bahnstrecke Batumi-Baku und andere strategisch wichtige Punkte unter ihre Kontrolle und setzte in Batumi, Baku und anderen Gebieten in Georgien, Armenien und Aserbaidtschan Militärgouverneure ein. Die Gebiete blieben bis zur Wiedereroberung durch Rußland im Jahre 1920 unter direkter militärischer Besetzung.

1919 wurde in einem Schreiben des britischen Außenministeriums die Notwendigkeit einer flexiblen Strategie hervorgehoben: „Wenn Rußland sich rasch erholt, wäre es denkbar, daß sie (Armenien, Aserbaidtschan, Georgien und die Bergstämme) ihm in einer Art föderaler Beziehung wieder angegliedert werden. Dauert die Anarchie in Rußland jedoch viele Jahre, wird die derzeitige Trennung von Rußland wahrscheinlich dauerhaft. Unsere Strategie gegenüber dem Kaukasus sollte jede der beiden Möglichkeiten im Auge behalten.“ In Wirklichkeit bedeutete dies, gleichzeitig verschiedene Optionen zu verfolgen, die sich im Grunde alle gegenseitig ausschlossen (siehe nebenstehende Karte), entsprechend Lord Palmerstons Ausspruch, England kenne „keine dauerhaften Verbündeten, nur dauerhafte Interessen“. So drang beispielsweise 1919 die weißrussische Armee des Generals Denikin, massiv unterstützt von den Briten, in die dagestanische Republik der Bergvölker ein, die ursprünglich von Lord Curzon gefördert worden war.

London sorgte dafür, daß der Konflikt zwischen den von England abhängigen Republiken Armenien und Aserbaidtschan ständig weiterschwelte. Hauptstreitpunkt war der Status der Enklave Karabach. Die Region Karabach war ein altes armenisches Stammgebiet, wurde aber unter den Mongolen von den Aseris besiedelt. Nachdem zu Beginn des 19. Jahrhunderts Rußland sich die Region ein-

verleibt hatte, wurde Karabach wieder von Armeniern besiedelt und wurde so zu einer armenischen Enklave im ansonsten von Aseris bevölkerten zaristischen Distrikt Baku. Die Oberhoheit über die Enklave wurde zu einem ständigen Zankapfel zwischen Aseris und Armeniern, und General Thomson verschärfte das Problem bewußt.

Während er Armenien und Georgien militärische Hilfe zukommen ließ, *nicht* aber Aserbaidtschan, verfügte Thomson, daß Karabach unter aserischer Verwaltung blieb und ernannte als Generalgouverneur für Karabach einen Aseri, der für seine Massaker an Armeniern berüchtigt war. Das war das grüne Licht für die Repression der Karabach-Armenier durch die Aseris.

Thomson bewaffnete die Armenier, allerdings völlig unzureichend. Im August 1919 akzeptierten die Karabach-Armenier schließlich die aserische Oberhoheit. Im gleichen Monat begannen die Briten ihren Rückzug aus dem Transkaukasus und öffneten so dem Chaos Tor und Tür. „Ich bin mir völlig im klaren, daß der Rückzug der britischen Truppen wahrscheinlich zur Anarchie führt,“ schrieb der Oberkommandierende der Schwarzmeer-Armee General Milne, „aber ich kann keinen großen Schaden für die Welt darin sehen, wenn die Bewohner dieses Landes sich gegenseitig an die Kehle gehen.“

Unter Stalins Herrschaft

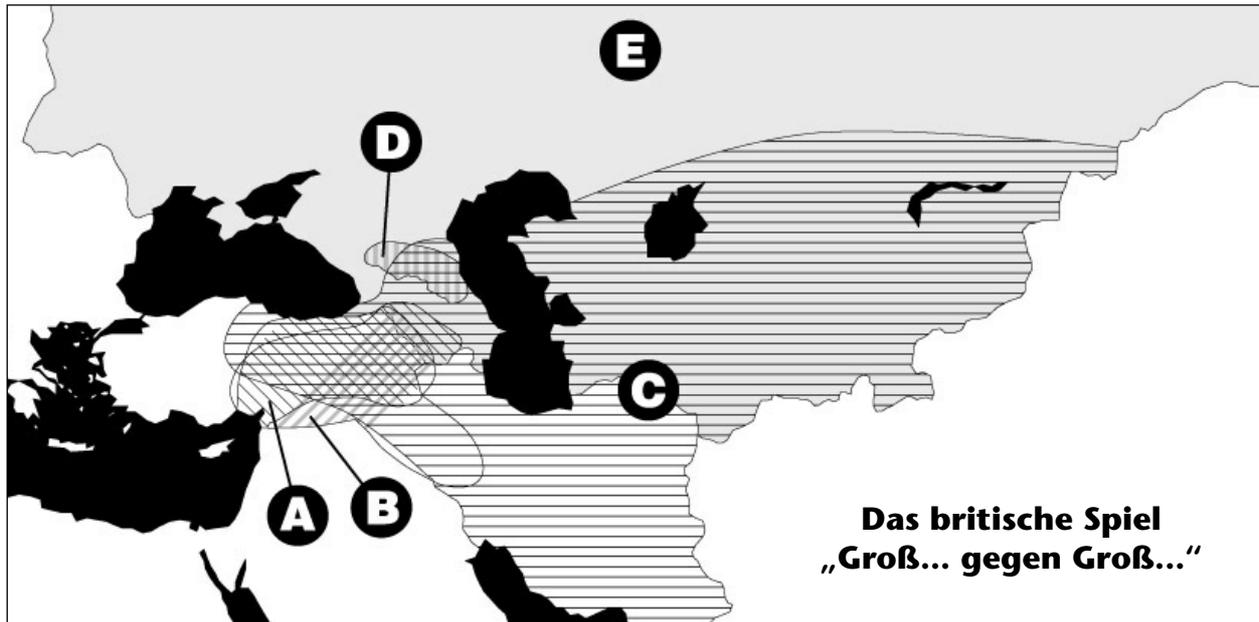
Die Rückkehr unter russische Oberhoheit in den Jahren 1920-21 brachte keineswegs den Frieden. Josef Stalin war der sowjetische Kommissar für Nationalitätenfragen von der Gründung dieses Amtes 1917 bis zu dessen Auflösung 1924. Der aus dem benachbarten Georgien stammende Stalin war im bolschewistischen Untergrund von Baku tätig, wo er nach den Worten eines aserischen Historikers „Zeuge des Ausbruchs von Gewalt zwischen aserischen Türken und Armeniern wie auch der von zaristischen Agenten und Polizisten angewandten Methoden zur Förderung von Rivalitäten war, die von der tiefen Abneigung gegen die Russen ablenken konnten“. Ebendiese Methoden wandte Stalin nun selbst an.

Unter seiner Führung gründete das Präsidium von Aserbaidtschan eine zentrale Kommission für bergkarabachische Fragen, welche eine autonome armenische Enklave in Aserbaidtschan — nur einen

Steinwurf von Armenien selbst entfernt — verfügte, eine Entscheidung, die für keine der beiden Seiten zufriedenstellend war. So führte Stalin in der Region die gleichen geopolitischen Machenschaften weiter, die vor ihm der Zar und der britische

General Thomson angewandt hatten. Aber wie die Ereignisse der 90er Jahre gezeigt haben: Wenn eine Region einmal in ein geopolitisches Schachbrett eingebaut ist, kann jeder „mitspielen“.

Joseph Brewda und Linda de Hoyos



Nach dem Ersten Weltkrieg betrieben die Briten im Nahen Osten, im Kaukasus und Zentralasien mehrere miteinander unvereinbare Gebietspläne gleichzeitig, mit verschiedenen Volksgruppen oder umstrittenen Grenzverläufen. Die britischen geopolitischen Manipulationen ebneten den Weg für Konflikte, die bis auf den heutigen Tag anhalten.

A: „Großarmenien“ Diesen völlig utopischen Plan legte England auf der Versailler Friedenskonferenz vor. In großen Teilen des anvisierten Gebietes lebten schon jahrhundertlang keine Armenier mehr, oder die armenische Bevölkerung war bei dem Blutbad umgekommen, welches das vom britischen Geheimdienst gesteuerte Istanbuler „Jungtürken“-Regime 1915 unter den Armeniern angerichtet hatte. Erstmals ausgeheckt wurde die Idee eines Großarmenien in den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts vom britischen Premierminister William Gladstone und Außenminister Lord Salisbury als Plan zur Auflösung des Osmanischen Reiches. Während des Ersten Weltkrieges arbeiteten an diesem Projekt hauptsächlich Sir Mark Sykes, der das Osmanische Reich zusammen mit Frankreich und Rußland aufteilen wollte, sowie Lord Noel Buxton aus der einflußreichen Quäker-Familie, welche die Barclays Bank kontrolliert. Der geopolitische Zweck eines Großarmenien war, einen Keil zwischen das türkische Zentralasien und die Türkei zu treiben und einen ständigen armenisch-türkischen und armenisch-kurdischen Konflikt anzuzetteln.

B: „Großkurdistan“ Auch die Schaffung eines solchen territorialen Gebildes schlug London in Versailles vor. Die Kurden waren in den meisten dieser Gebiete nie sesshaft. Die Briten schufen den kurdischen Nationalismus ebenfalls Ende des 19. Jahrhunderts. Während des Ersten Weltkrieges war der zuständige Mann für das Großkurdistan-Projekt Lord Cornwallis (ein Nachfahre jenes Generals, der sich George Washington bei Yorktown ergeben mußte). Der geopolitische Zweck eines Großkurdistan war ebenfalls, einen Keil zwischen das türkische Zentralasien und die Türkei

zu treiben und einen ständigen kurdisch-türkischen und kurdisch-armenischen Konflikt anzuzetteln.

C: Ein moslemischer Pufferstaat Das Projekt, zwischen Rußland und dem britischen Indien sowie britischen Nahen Osten einen großen moslemischen Pufferstaat zu schaffen, war zuerst in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts vom indischen Vizekönig Lord Lytton und seinem Onkel Sir Henry Bulwer, Botschafter des Empire im Osmanischen Reich, betrieben worden. Als ideologische Grundlage für einen solchen Pufferstaat diente die panislamische Bewegung. Unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg griff der britische Hochkommissar in Transkaukasien Col. Claude Stokes die Idee mit stillschweigender Unterstützung von Außenminister Lord Curzon wieder auf. Dieser Staat, so behauptete er, „würde sich an Großbritannien anlehnen und als Puffer zwischen Rußland und den britischen Asienbesitzungen dienen“. Der zusätzliche geopolitische Zweck dieses Plans war es, russisch-türkische und innertürkische Konflikte zu schüren.

D: Die Republik der Bergvölker Die Idee eines kaukasischen Bergstaates, der Rußland vom Transkaukasus und dem Nahen Osten abtrennte, wurde erstmals in den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts aufgebracht von David Urquhart, einem Agenten des britischen Premiers Lord Palmerston. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde sie von Lord Curzon politisch wiederbelebt. Geopolitischer Zweck war die Anheizung russisch-türkischer Konflikte.

E: Das Russische Reich 1919 schlug Britannien zwei sich widersprechende Pläne für den Erhalt des zusammengebrochenen Russischen Reiches vor. Der eine bestand darin, eine neue, bolschewistische Variante des alten Imperiums zu schaffen, die auf der Lehre des von David Urquhart protegierten Karl Marx gründete. Der zweite war die Wiedereinsetzung monarchistischer oder antibolschewistischer „weißer“ Kreise unter Führung von General Denikin. Die Rolle des britischen Geheimagenten Alexander Helphand Parvus, der zwischen beide Seiten hin und herwechselte, verdeutlicht die britischen Operationen auf diesem Schauplatz.

David Urquharts osmanische Legionen

Zur Geschichte des „Großen Spiels“ der Briten im Kaukasus

Nachdem David Urquhart die kaukasischen Bergvölker zum Aufstand angestiftet hatte, kehrte er in den 30er Jahren des 19. Jahrhunderts in der Absicht nach England zurück, die Öffentlichkeit für einen Krieg mit Rußland zu mobilisieren. Seine „Foreign Affairs Committees“ und ihr Organ *Portfolio* sollten die „Ostfrage“ ins öffentliche Bewußtsein rücken. Urquharts wollte das Osmanische Reich zu einem Protektorat Londons machen und das Osmanische und das Russische Reich sich gegenseitig zerstören lassen.

Um die Türkei gegen Rußland mobil zu machen, bedurfte es einer umfassenden Reform der alten osmanischen Staatsbürokratie, einer Modernisierung der Armee sowie einer neuen imperialen, antirussischen Ideologie. Lord Palmerston leitete in den 40er Jahren persönlich die osmanische Reformbewegung und den Aufbau einer zivilen Verwaltungsschicht, die in Paris und London ausgebildet und indoktriniert wurde. 1864 schuf Giuseppe Mazzini, ein Agent Palmerstons, den Rahmen für die neue Ideologie, indem er in Paris die „Jung-Osmanen“ ins Leben rief, die weitgehend von seiner Organisation Junges Polen geführt wurden und eine türkisch-osteuropäisch-transkaukasische Allianz gegen Rußland bilden sollten.

Urquhart, der sich seit den 30er Jahren für die türkisch-polnische Zusammenarbeit gegen Rußland stark gemacht hatte, war der hauptsächliche britische Drahtzieher hinter der Jung-Osmanen-Bewegung. Bis 1876, als es den Jung-Osmanen gelang, ein Jahr lang die Macht in Istanbul an sich zu reißen, war er deren Berater. Unter anderem war er der Zahlmeister des Jung-Osmanen-Führers Ali Suavi, des tonangebenden Mannes der Pariser Exilzeitung *Hürriyet*.

Inszenierung einer Kraftprobe

Mitte des 19. Jahrhunderts organisierten die Briten zwei ideologische Bewegungen, die Kriege des Osmanischen Reiches gegen Rußland vom Zaun brechen sollten, die panislamische und die pantürkische Bewegung, und in beiden waren die Jung-Osmanen äußerst einflußreich.

Die pantürkische Bewegung, die das Ziel hatte, alle Turkvölker aufgrund ihres gemeinsamen ethnischen Ursprungs und ihrer Russenfeindlichkeit zu einen, entstand durch die Umtriebe von Urquharts Getreuem Arminius Vambéry, einem jüdischen

Emigrant aus Ungarn, der auch auf Lord Palmerstons Gehaltsliste stand.

Vambéry reiste in den 60er Jahren als türkischer Derwisch in ganz Zentralasien herum, um zu erkunden, inwieweit man eine pantürkische, antirussische Identität mit dem Sultan des Osmanischen Reiches als Leitfigur herstellen könnte. Obwohl Zentralasien nie unter osmanischer Herrschaft gestanden hatte, gelangte er zu vielversprechenden Erkenntnissen.

Vambéry beschrieb seine osmanische imperiale Vision in seinem 1865 erschienenen Buch *Reisen in Zentralasien*: „In seiner Eigenschaft als türkische Dynastie hätte das Haus Osman aus den verschiedenartigen Elementen, mit denen es durch das Band gemeinsamer Sprache, Religion und Geschichte verbunden ist, ein Reich von der adriatischen Küste bis weit nach China hinein gründen können, mächtiger als das, welches der große Romanow aus den zwiespältigsten, heterogensten Bestandteilen mit Gewalt und List geschaffen hatte. Anatolier, Aserbajdschaner, Turkmenen, Usbeken, Kirgisen und Tataren sind die Mitglieder, aus denen ein türkischer Koloß hätte entstehen können, der bestimmt geeigneter gewesen wäre, sich mit seinem großen Konkurrenten aus dem Norden zu messen als die Türkei, wie sie sich uns zum gegenwärtigen Zeitpunkt darstellt.“

In ihrer extremeren Form war Vambérys Doktrin als „Pan-Turanismus“ bekannt, der die Turkvölker auch mit den Ungarn, Finnen und Mongolen zu vereinen suchte.

Als Führer der pantürkischen Bewegung setzte sich schließlich Urquharts Schützling Ali Suavi durch, der auf Urquharts Veranlassung nach England gekommen war. In *Hürriyet* und in anderen Veröffentlichungen argumentierte Suavi, die Bewegung müsse die Osmanen dafür mobilisieren, die zentralasiatischen Khans, die durch das wachsende Russische Reich militärisch bedroht wurden, zu verteidigen. Suavi gebrauchte als erster statt „Osmanen“ den Ausdruck „Türken“, was früher eine abschätzige Bezeichnung für ihre rückständigen zentralasiatischen Vettern gewesen war. Suavi kam 1876 bei dem fehlgeschlagenen, vom britischen Premierminister Benjamin Disraeli veranlaßten Versuch, den Sultan abzusetzen, ums Leben. Der pantürkischen Ideologie eng verwandt und ebenso eine britische Erfindung war der Panislamismus. Er sieht Istanbul als das natürliche Zen-

trum nicht nur der Turkvölker, sondern der ganzen islamischen Welt. Auch unter dem Panislamismus sollte der osmanische Sultan zum Sammelpunkt für den Kampf gegen Rußland werden, diesmal religiös verbrämt. Schriftsteller des panislamischen Mythos waren die Familie des Romanautoren Edmund Bulwer-Lytton und der Gründer des britischen Arabienbüros Wilfred Scawen Blunt.

Die „Geburtsanzeige“ der panislamischen Bewegung erschien 1869 in *Hürriyet*. Das Osmanische Reich wurde dort wegen seiner Unentschlossenheit gegenüber den von den Russen bedrängten zentralasiatischen Khanaten angegriffen. Aber diesmal wurde nicht an die ethnische Solidarität appelliert, sondern erklärt, der Sultan sei als Kalif — Beschützer des Glaubens — dafür verantwortlich, Zentralasien zu verteidigen. Der wichtigste panislamische Aktivist für die Jung-Osmanen war Tahsin Efendi, der nach seinem Studium in Paris in den 50er Jahren die sufistische, panislamische „Gesellschaft für das Studium der Geographie in islamischen Ländern“ gründete.

Auferstehung der Jung-Osmanen

Ein kurzes Jahr lang, 1876, herrschten die Jung-Osmanen in Istanbul unter ihrem Führer Midhat Pascha, der den Großwesir stürzte. 1877 wurden sie wieder entmachtet, in den Untergrund getrieben und ins Exil geschickt. Doch durch die Hilfe Londons wurde die Bewegung am Leben erhalten. 1896 erstanden die Jung-Osmanen als „Jungtürken“ wieder auf und ergriffen 1908 durch einen von den Briten inszenierten Statsstreik die Macht im Osmanischen Reich. Ganz offen ernannten sie einen britischen General zum Stabschef der türkischen Armee.

Die Ideologie der Jungtürken, der Pantürkismus, brachte die Türkei auf Kollisionskurs zu ihren slawischen Nachbarn. 1912 entfachte sie den ersten Balkankrieg, der schließlich in den Ersten Weltkrieg mündete.

Der Kopf des Jungtürken-Regimes war Emmanuel Carasso, ein italienischer Jude und Großmeister der Freimaurerloge von Saloniki „Wiederauferstandenes Mazedonien“, die den Statsstreik von 1908 eingefädelt hatte. Carasso hatte zusammen

mit Alexander Helphand Parvus — dem internationalen Waffenhändler und Getreidespekulanten, bolschewistischen Finanzmagnaten und britischen Superspion — die Nahrungsmittelversorgung der Türkei kontrolliert.

So wie vorher Urquhart der Mentor von Karl Marx' Kreuzzug gegen Rußland gewesen war, so arbeitete Parvus sein Leben lang daran, die marxistische Bewegung, die schließlich das Russische Reich zu Fall bringen sollte, logistisch zu fördern. Parvus finanzierte und leitete die Russische Revolution von 1905, wobei er die verheerenden Auswirkungen des Russisch-Japanischen Krieges von 1902 ausnutzte. Sein Agent war dabei Leo Trotzki, dem er die Lehre von der „permanenten Revolution“ beigebracht hatte (über die Trotzki dann sein bekanntes Buch schrieb).

Aus Rußland kam Parvus bald nach der Jungtürken-Revolution von 1908 in die Türkei. Um seine politischen Vorhaben besser „schmierern“ zu können, tat er sich mit Carasso zusammen und wurde zum größten Getreidespekulanten der Türkei. Er wurde auch Finanzredakteur der Jungtürken-Zeitung *Türk Yurdu*.

Später benutzte Parvus einen Teil des Geldes, das er in der Türkei erworben hatte, und Gold, das der deutsche Generalstab zur Verfügung stellte, um die Russische Revolution von 1917 zu finanzieren und Lenins triumphale Rückkehr nach Rußland zu arrangieren.

Ein weiterer ausländischer Mentor des Jungtürken-Regimes war der polnische Jude Wladimir Jabotinsky, der Herausgeber der Zeitung *Jungtürke*. Jabotinsky gründete später jenen Zweig der zionistischen Bewegung, aus dem die israelische Likud-Partei und ihre Ableger hervorgingen, jene Fraktion, die heute im Nahen Osten den Friedensprozeß bekämpft.

Das jungtürkische Regime war nicht von Dauer. Das Blatt wendete sich mit dem Auftreten des türkischen Patrioten Mustafa Kemal Atatürk und der Gründung der türkischen Republik nach dem Ersten Weltkrieg. Die Jungtürken verließen erneut fluchtartig die Türkei, diesmal in Richtung Aserbaidshans und Zentralasien. Heute, im Gefolge des Zusammenbruchs der Sowjetunion, werden sie wieder auf den Plan gerufen. *Joseph Brewda*

Läuft die Türkei in die neo-osmanische Falle?

Der Zusammenbruch der Sowjetunion 1989-91 bedeutete für das NATO-Mitglied Türkei strategisch eine Gefahr und eine Chance. Im 19. und 20. Jahrhundert hatte das Land sechs Kriege gegen Rußland geführt; einer davon war der Erste Weltkrieg, in dessen Verlauf sowohl das Osmanische Reich als auch das Russische Reich zugrunde gin-

gen. Nun bestand die Chance darin, daß der größte militärische Gegner nicht mehr existierte, die Gefahr aber lag in der ungewissen Zukunft der kaukasischen Gebiete der alten Sowjetunion.

Weil die Kaukasusregion größtenteils islamisch ist, eine starke türkische Minderheit besitzt und früher ganz oder weitgehend von den Osmanen beherr-

scht war, argumentierten Zbigniew Brzezinski und andere anglo-amerikanische Geopolitiker, die Türkei habe nun die „historische Chance“, durch Propagierung panislamischer und pantürkischer Ideologien in der Region erneut ihre Vormachtstellung durchzusetzen. Brzezinski und seine Genossen vom Zentrum für strategische und internationale Studien an der Georgetown-Universität behaupten, die Türkei könne mit den aserischen Ölvorkommen reich werden und mit ihrem Mittelmeerbahnhofen Ceyhan als Umschlagplatz von Öl- und Gaspipelines auch ihren politischen Einfluß stabilisieren.

Andererseits ist offensichtlich, daß die wachsenden panislamischen und pantürkischen Bewegungen im Kaukasus auch negativ auf die Türkei zurückwirken und sogar die türkische Republik, die Mustafa Kemal Atatürk in den 20er Jahren nach der Zerschlagung dieser beiden Bewegungen gegründet hatte, zerstören könnten. Wenn sich die Türkei dazu verlocken ließe, im Kaukasus wieder die alten imperialen Methoden ethnischer und religiöser Manipulation anzuwenden, könnte sie durchaus selbst das erste Opfer sein. Angesichts der von der NATO geschürten Kriege im Kaukasus — Armenien gegen Aserbaidshan, die abchasische Revolte in Georgien, die Revolten in Tschetschenien und jetzt in Dagestan — muß sich die Türkei bald entscheiden.

Bernard Lewis

Der wichtigste Förderer der neo-osmanischen Bewegung in der Region ist Bernard Lewis, ein Experte des britischen Geheimdienstes, der zuerst an der London School of Oriental and African Studies (der ehemaligen School of Colonial Studies) und später an der Princeton-Universität in New Jersey tätig war, wo er heute als Emeritus lebt. Lewis' Schriften wie das 1960 veröffentlichte *Entstehen der modernen Türkei* ließen in der Türkei den Wunsch wachsen, sich im Konflikt mit Rußland als regionale Supermacht zu gebärden. Der Zusammenbruch des Kommunismus änderte an dieser Strategie nichts. So behauptete Lewis im Januar 1996 auf einer Bankierskonferenz in Ankara, es bestehe ein „Vakuum in der Region, das die Türkei ausfüllen soll und muß“.

1992 erläuterte Lewis seine Strategie in einem Beitrag für *Foreign Affairs*, die Zeitschrift des New Yorker Council on Foreign Relations. Bald würde die ehemalige sowjetische Region Kaukasus-Zentralasien im Zuge einer „Libanonisierung“ zerstört sein, behauptete er dort. „Wenn die Zentralmacht genug geschwächt ist“, sagte er vom früheren sowjetischen Zentralasien, „gibt es keine wirkliche zivile Gesellschaft, die das Gemeinwesen zusammenhalten könnte, kein echtes Gefühl gemeinsamer nationaler Identität oder besonderer Neigung zum Nationalstaat. Dann zerfällt der Staat — wie es im Libanon geschah — in ein Chaos miteinander

streitender, sich befehdender und bekämpfender Sekten, Stämme, Regionen und Parteien.“

Auch der verstorbene Professor Alexander Bennigsen von der Pariser Sorbonne war ein Befürworter dieser Strategie, ebenso wie seine Tochter Marie Bennigsen-Broxup, die die britische Vierteljahresschrift *Central Asian Survey* herausgibt und in England die wichtigsten Schriften über Dagestan verfaßt. In seinem Buch *Mystik und Kommissare: der Sufismus in der Sowjetunion* (1985) behauptet Bennigsen: „Die fast 50 Jahre dauernden Kaukasuskriege (des 19. Jh.) trugen wesentlich zum materiellen und moralischen Ruin des Zarenreiches bei und beschleunigten den Sturz der Romanow-Monarchie.“

Bennigsen schrieb vom kommenden Zusammenbruch der Sowjetunion und befürwortete islamische Aufstände als wirksamste Waffe gegen Moskau: „Im besonderen Falle des Nordkaukasus gewannen Sufi-Orden die Kontrolle nicht nur über fundamentalistische Neigungen, sondern auch über alle nationalen Widerstandsbewegungen vom späten 18. Jahrhundert bis auf den heutigen Tag. Das tschetschenisch-inguschische Territorium und Dagestan gehörten zu den letzten Gebieten, zu denen die Sufi-Bruderschaften Zugang gewannen, doch sobald er etabliert war, spielte der Sufismus dort eine überragende Rolle. Heute ist es wahrscheinlich das Gebiet, wo die organisierten mystischen Bewegungen am dynamischsten und aktivsten in der ganzen islamischen Welt sind.“

Als 1989 die Sowjetunion kollabierte, war Bennigsen „Analyse“ gängiger Standard bei den Sponsoren secessionistischer Bewegungen im Kaukasus. Typisch sind die Schriften der britischen „Gruppe für Minderheitenrechte“, deren Vorsitzender der frühere Vizechef des Geheimdienstes MI-5 Sir John Thomson ist. In einem ihrer Berichte steht: „Viele Bestrebungen der Völker der Region widersprechen einander, und mehrere Kräfte spielen eine Gruppe gegen die andere aus ... Der Nordkaukasus ist vielleicht die Region in Europa mit dem größten Potential für langandauernde Konflikte.“

Die türkischen Fußstruppen

Heute agieren im Kaukasus und in Zentralasien mehrere vom Westen gesteuerte pantürkische und panislamische Organisationen. Die wichtigsten sind die Grauen Wölfe, panislamische Kreise in der Wohlfahrtspartei bzw. Rechtschaffenheitspartei und der Nursi-Sufi-Orden.

Graue Wölfe (Pantürken): Atatürk hatte in den 20er Jahren die pantürkische, die panislamische und die Sufi-Bewegung zerschlagen, aber während des Zweiten Weltkriegs war der deutsche Geheimdienst sehr an ihrem Wiederaufleben als Flanke gegen Rußland interessiert. Damals trat der Chef der Grauen Wölfe, Hauptmann (später General) Alparslan Türkeş, erstmals in Erscheinung: Er wurde als Provokateur eingesperrt, nachdem er Kund-

gebungen für den Kriegseintritt der Türkei auf Seiten Deutschlands angeführt hatte.

Nach dem Krieg wurde Türkes' Netzwerk von der NATO übernommen, weil man die Türkei, das einzige unmittelbar an die Sowjetunion grenzende NATO-Mitglied, als Ausgangsbasis für Aufstände im Süden der Sowjetunion nutzen wollte. Türkes' Karriere nahm einen steilen Aufstieg, und pantürkische „Befreiungsbewegungen“ verbreiteten sich rasch. Nach dem Militärputsch 1960 (die Putschisten wollten ihn verhaften) floh Türkes aus der Türkei, kehrte aber 1963 zurück. Seither ist seine Partei der Nationalen Aktion das parlamentarische Vehikel der Bewegung; sie ist heute Teil der Koalitionsregierung von Ministerpräsident Bülent Ecevit.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion schickte die NATO die Grauen Wölfe nach Tschetschenien, Aserbaidschan, Usbekistan, Kasachstan und Kirgisistan, auch in den Iran und nach Bosnien. Als 1992 in Aserbaidschan Albufaz Elchibey mit der Aserischen Volksfront an die Macht kam, ernannte er den Führer des aserischen Zweiges der Grauen Wölfe, Iskender Gamidow, zum Innenminister. Graue Wölfe kämpften in Aserbaidschan im Krieg gegen Armenien. Sie wurden auch im früheren sowjetischen Zentralasien eingesetzt, Eiferer wollten die pantürkischen Aufstände sogar bis nach China ausdehnen.

Wohlfahrtspartei: Für die „osmanische Wiedergeburt“ kämpfen auch vom Ausland gesteuerte Fraktionen innerhalb der Wohlfahrtspartei (jetzt Rechtschaffenheitspartei) von Prof. Necmettin Erbakan, Sohn eines osmanischen Klerikers und Mitglied des Naqshbandi-Sufi-Ordens. Die Partei, die sich panislamisch gibt, gewann bei der Wahl vom Dezember 1995 den höchsten Stimmenanteil und kam 1996 an die Macht. Erbakans Verständnis von Panislamismus kam in der während seiner Ministerpräsidentschaft gegründeten Wirtschaftsallianz acht islamischer Entwicklungsländer („D-8“) zum Ausdruck. Er traf auch wichtige Infrastrukturabkommen mit Turkmenistan und dem Iran. Weil diese Politik unerwünscht war, wurde Erbakan noch im gleichen Jahr gestürzt.

Während sich der Ingenieur und Wirtschaftswissenschaftler Erbakan auf wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den islamischen Partnern konzentrierte, haben andere Fraktionen der Partei andere Pläne. So etwa Erbakans Rivale und Möchtegern-Nachfolger Tayyip Erdogan, der ehemalige Bürgermeister von Istanbul, der die Gründung „befreiter islamischer Staaten“ vom Kaukasus bis hin nach Westchina gefordert hat. 1998 erhob das US-Außenministerium offiziellen Protest, als ein türkisches Gericht Erdogan wegen der Aussage einsperren ließ: „Die Minarette sind unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Moscheen unsere Kasernen.“

Nursi-Sufi-Orden: Der Nursi-Sufi-Orden mit Sitz in der Türkei wird von Fethullah Gülen geleitet und unterhält enge Beziehungen zu Sun Myung Moons Vereinigungskirche (Mun-Sekte) und ihrer Washingtoner Zeitung *Washington Times*. Er hat überall im Kaukasus und in Zentralasien religiöse Schulen aufgebaut, die für subversive Zwecke nutzt.

Die Bewegung ist bei den türkischen Eliten nicht gerade beliebt. Das zeigt u.a. ein Bericht des türkischen nationalen Sicherheitsrats, der im Juli 1999 durchsickerte. Die usbekische Regierung beschuldigte Gülen, in den Mordversuch am usbekischen Präsidenten Islam Karimow vom Februar 1999 verwickelt gewesen zu sein. Es ist zwar nicht sicher, ob der Vorwurf stichhaltig ist, dennoch gab es in den usbekisch-türkischen Beziehungen eine Krise. Gülen war schon 1997 in die USA geflohen, nachdem der türkische Sicherheitsrat seine Gruppe beschuldigt hatte, sie habe versucht, die Polizei und die Armee zwecks Anstiftung zu einer „islamischen Revolution“ zu infiltrieren. In dem durchgesickerten Bericht heißt es, für die Destabilisierung Usbekistans seien Stellen außerhalb der Türkei verantwortlich. Wörtlich wird gesagt: Gülen „konnte diplomatischen Status (der USA) und rote und grüne (Diplomaten-) Pässe für die 70 Lehrer erlangen, die er unter der Ägide der ‚US-Freundschaftsbrücke‘ nach Usbekistan schickte“.

Joseph Brewda

Londons „Afghanzi“ im 19. Jahrhundert

Die Panislamisten als Handlanger im Krieg gegen Rußland

Im Juni 1877, zwei Monate nach Beginn des russisch-türkischen Krieges, schickte der türkische Sultan Adul Hamid eine Gesandtschaft zum Emir von Afghanistan, um dessen Hilfe gegen Rußland zu erbitten.

Zwischen 1869 und 1876 hatte Rußland beständig in Zentralasien eingegriffen, Buchara, Chiwa und

Kokand annektiert oder in Abhängigkeit gebracht und sich auf Afghanistan und Britisch-Indien zubewegt. 1876 entwarf London seine Gegenstrategie. Premierminister Benjamin Disraeli berief Lord Lytton zum Vizekönig von Indien, und damit begann eine Offensivstrategie zur Einnahme des südlichen Afghanistan. Im gleichen Jahr schickte

Disraeli auch Austen Henry Layard nach Istanbul, der den Sultan dazu bewegen sollte, sich mit England gegen den russischen Vorstoß zusammenzutun. Layard rechnete sich die Gesandtschaft des Sultans nach Kabul als sein Verdienst an. Er berichtete Disraeli, er habe „den Sultan dazu gebracht, einen Gesandten nach Afghanistan zu schicken, um die russische Ameer-Strategie zu durchkreuzen und die (Politik) Englands zu fördern... Die türkische Regierung versucht zweifellos, eine Art mohammedanische Liga oder Staatenbund zur Verteidigung des Islam und gegen Rußland zu gründen.“

In einem Folgekommuniqué betonte Layard: „Der Sultan übt in der mohammedanischen Welt noch einen sehr großen Einfluß aus, und es ist von großem Interesse für eine Regierung mit 40 oder 50 Millionen mohammedanischen Untertanen, sich gut mit ihm zu stellen. Es sollte uns nicht schwerfallen, ihm zu verstehen zu geben, daß wir in Zentralasien gemeinsame Interessen haben und in ihm einen sehr nützlichen und wertvollen Verbündeten sehen.“

Obwohl die türkische Gesandtschaft keine konkreten Ergebnisse erbrachte, erregte sie doch Besorgnis im russischen Außenministerium. Die russische Regierung beschwerte sich beim britischen Botschafter in St. Petersburg, Lord Loftus, daß Britannien anscheinend die Absicht habe, einen religiösen Kreuzzug der muslimischen Bevölkerung Zentralasiens gegen Rußland zu organisieren. Ein russischer Stratege brachte seine Besorgnis so zum Ausdruck: „Wenn es beispielsweise einem Individuum möglich wäre, sich an die Spitze einer mohammedanischen Konföderation zu stellen, so ist ein solches Individuum allein in der Person des Sultans der Türkei zu sehen, und das bestehende Bündnis und das herzliche Einvernehmen, welche die Türkei und England unauflöslich verbinden, machen ein Protektorat dieser Mächte zu einer ernstesten Bedrohung für Rußland.“

Fast zeitgleich mit der Gesandtschaft des Sultans nach Afghanistan erhielt 1877 ein osmanischer Regierungsvertreter einen Brief von einem persischen Abenteurer namens Jamal ad-Deen al-Afghani, der sich anbot, nach Zentralasien zu gehen, um eine Revolte gegen Rußland vom Zaun zu brechen.

Al-Afghani versprach seinem osmanischen Adressaten: Er werde „Rußlands Ziele deutlich machen und redegewandt zum Ausdruck bringen, daß wenn — was Gott verhüten möge — der osmanischen Regierung ein Unglück zustößt, weder Mekkas Dauer noch Medinas Majestät weiterbestünde, ja nicht einmal der Name des Islam oder auch nur ein Ritus des Glaubens überleben werde... Ich wer-

de sie zur Rache auffordern und an den Stolz ihrer türkischen Rasse appellieren, ich werde das Banner der Einheit des Islam auf meiner Schulter auch in diese Gegenden tragen und zu einem Religionskrieg aufrufen, und werde wie üblich keinen Trick und keine Kriegslist auslassen, ihnen den Samen glühenden Eifers einpflanzen und dabei immer mit dem weisesten Ulema zusammenarbeiten. Ich zweifle nicht daran, daß alle Moslems voller Begeisterung die Russen angreifen werden.“

Es ist möglich, daß Al-Afghani dies nach Diktat geschrieben hat. Zu der Zeit, als er diesen Brief abschickte, lebte er in Ägypten und unterhielt sehr enge Beziehungen zum britischen Vizekonsul Raphael Borg, der ihn in Kairo in die Loge Östlicher Stern, einen Zweig der Vereinigten Großloge von England, einführte. Nur ein Jahr nach seinem Angebot an das Osmanische Reich wurde Al-Afghani Großmeister des Östlichen Sterns. 1883 kam er auf die Gehaltsliste von Wilfred Scawen Blunt, dem Leiter des „Arabienbüros“, das 1882 gegründet wurde, um das Osmanische Reich zu zerschlagen. Blunt war ein Nachfahre des Gründers der Bank von England und ein politischer Busenfreund des indischen Vizekönigs, des „Offensivstrategen“ Lord Lytton.

1885 schickte Blunt Al-Afghani für sechs Monate nach England, damit er, wie der Chef des Arabienbüros schrieb, „eine islamische revolutionäre Allianz mit dem britischen Empire organisierte“. Als erstes traf er sich mit dem Staatssekretär für Indien, Randolph Churchill, dem Vater des späteren Premierministers Winston Churchill. Blunt berichtet in seinen Tagebüchern, daß Al-Afghani dem älteren Churchill folgendes vorgeschlagen habe: „Sie brauchen eine Allianz mit dem Islam, mit den Afghanen, den Persern, den Türken, den Ägyptern, den Arabern; Sie müssen Rußland aus Merw zurückdrängen bis zum Kaspischen Meer... Sie sollten sie (die Russen) nicht von Afghanistan, sondern von der anderen Seite (d.h. Persien) her angreifen; dann würden die Mullahs einen Dschihad predigen, um sich mit Ihnen gegen die Russen zu verbünden.“

Churchill war einverstanden, und Al-Afghani wurde abkommandiert, Sir Henry Drummond Wolff auf einer Sondermission in die Türkei zu begleiten. Dort sollte er, wie Blunt schreibt, „seinen Einfluß auf die panislamische Umgebung (Sultan) Abdul Hamids für eine Vereinbarung geltend machen, welche die Evakuierung Ägyptens und eine englische Allianz gegen Rußland mit der Türkei, Persien und Afghanistan enthalten sollte“.

Joseph Brewda

Chaos in Afghanistan gefährdet ganz Asien

Der anglo-amerikanische Mudschaheddin-Terrorismus

Nach dem Einmarsch der Roten Armee in Afghanistan Ende 1979 begann der Westen unter Zbigniew Brzezinskis Federführung damit, die britischen geopolitischen Pläne für den Aufbau eines gewalttätigen, anti-westlichen „islamischen Fundamentalismus“ umzusetzen. Jetzt ernten wir die faulen Früchte davon. Die kriminellen Elemente, die man aus den Gefängnissen islamischer Länder freiließ und nach Afghanistan in den „Dschihad“ gegen die Sowjets schickte, sind neu organisiert worden und erhalten täglich Verstärkung.

Anders als die gut betuchten ehemaligen Elitesoldaten der SAS (britische Sondereinheiten), die im Dienste britischer Bergbaukonzerne in Afrika Unheil stiften, sind diese Gruppen ein primitiver Mob. Von Afghanistan aus erweitern sie ihr Terror- und Drogennetz in alle Richtungen: im Osten nach Pakistan und Kaschmir, im Nordwesten nach Dagestan und Tschetschenien, im Norden und Westen in die fünf zentralasiatischen Nationen und im Nordosten in die chinesische Provinz Xinjiang (Sinkiang). Die Regierungen der betroffenen Länder unternehmen zwar große Anstrengungen dagegen, aber ein schneller Erfolg ist keineswegs sicher.

In Afghanistan selbst bleibt die Lage düster. Die Gruppen, die das Land instabil halten wollen, wurden immer stärker, es gibt keine Zauberformel für einen baldigen Frieden. Die „Afghanzi“, die afghanischen Mudschaheddin, die den Taliban ihre Macht geben, breiten sich mit dem offensichtlichen Auftrag aus, Chaos zu schaffen. Sie behaupten, ihre Mission sei die „Ausbreitung des Islam“, aber kaum eine islamische Regierung kauft ihnen das ab. Mit saudischem Geld predigen die Terroristen in weißen Gewändern mit dem Koran in der Hand den orthodoxen Islam der Wahhabitiden.

Die Taliban (*Talib* bedeutet im Arabischen „Schüler“) wurden 1994 gegründet und in Pakistan ausgebildet. In den Koranschulen — den *Madrasahs* — in den Grenzgebieten zu Afghanistan wurde den jungen Rekruten von Maulana Samiul Haq und Maulana Fazlur Rehman ihr Fanatismus eingepflegt, und der frühere Chef des Geheimdienstes ISI, Generalleutnant Hamid Gul, lehrte sie den Umgang mit Kalaschnikows, Granatwerfern und 125-mm-Kanonen.

In London entwarf man neue Pläne. Die Taliban — genauer: die Afghanzi unter dem Deckmantel der Taliban — sollten als legitime Herrscher Afghani-

stans anerkannt werden und ihre Aktivitäten über Afghanistan hinaus ausdehnen.

Der Afghanistankrieg, womit die Sowjets neun Jahre (1980-88) lang vergeblich versuchten, ihre Herrschaft über Afghanistan zu festigen, erwies sich als Sargnagel der kommunistischen Herrschaft. Die westliche Unterstützung für die Taliban und die weitere Ausbreitung der Afghanzi hat jedoch sehr viel umfassendere Ziele: die großen Nationalstaaten der Region — Rußland, Indien und China — zu schwächen, existierende Streitigkeiten zwischen stabilen islamischen Ländern wie Iran, Türkei, Irak und Saudi-Arabien zu schüren und schließlich in Kolonialmanier die zentralasiatischen Rohstoffe einzukassieren. Mit anderen Worten, Zentralasien soll unregierbar gemacht werden, um die Integration Eurasiens zu verhindern und die großen Nation der Region schwach und verwundbar zu halten.

Organisierter Drogenhandel

Die Geschichtsschreibung wird sicherlich zu dem Schluß kommen, daß der Afghanistankrieg die gleiche Bedeutung für Süd- und Zentralasien wie der Vietnamkrieg für Ost- und Südostasien hat. Die Autoren der „Krisenbogenthese“ sahen in dem törichten Abenteuer der Sowjets in Afghanistan ihre Chance und nutzten sie rasch. Das Startkapital kam vom anglo-amerikanischen Block. Man brachte Geld für Waffen auf, um den Kommunisten den Todesstoß zu versetzen. Es wurden auch schon früh illegale Waffen- und Drogengeschäfte betrieben, aber bis das große Geld aus dem Heroinhandel zur Verfügung stand, dauerte es ein paar Jahre.

Ab Mitte der 80er Jahre sahen die Mudschaheddin-Führer den Gewinn aus dem Handel mit Heroin und Haschisch aus Afghanistan und Westpakistan als legitime Kriegsbeute an. Er übertraf bei weitem die Finanzhilfe aus Saudi-Arabien und gewöhnlichere Arten von Beute, und alle ohne Ausnahme füllten sich damit die Taschen. Der Westen benutzte das Drogengeld für geheime und nicht so geheime Operationen zur Finanzierung der Mudschaheddin, und heute sind Einnahmen aus dem Drogenhandel die Hauptgeldquelle der Afghanzi weltweit. Der pakistanische Geheimdienst ISI häufte mit dem Drogenhandel einen riesigen Schmiergeldfonds an, der es ihm erlaubt, die Regierung in

Islamabad nach Wunsch ein- oder abzusetzen und neue Konflikte z.B. in Kaschmir, Xinjiang, Tschetschenien und Dagestan anzuzetteln.

Den Drogenhändlern und Geldwäschern der weltweiten „Drogen GmbH“ bieten sich unerschöpfliche Möglichkeiten, denn die im Afghanistankrieg gesponnenen Drogenetze wachsen täglich. Zu den Guerillagruppen, die sich durch Drogengelder finanzieren, gehören die Islamische Renaissance-Partei in Tadschikistan, Hekmatyars Hezbe Islami in Afghanistan und etwa ein Dutzend Gruppen in Pakistan, darunter Lashka-e-Toiba, Anjuman Sipaha-i-Sahiba, Harkatul Mujahidin, Lashlar-e-Jhagvi und Al Badr.

Von Nepal aus knüpfte der ISI auch enge Verbindungen zu den großen Separatistengruppen im Nordosten Indiens: dem Nationalen Sozialistischen Rat von Nagaland (I-M), der Vereinigten Befreiungsfront von Assam (ULFA) und der Bodo-Befreiungsfront. Die Operationen in Nordostindien laufen auch von Bangladesch aus, wo das Drogenetz ebenfalls Fuß gefaßt hat. Die mörderischen Befreiungstiger von Tamil Eelam (LTTE) liefern den indischen Separatisten Waffen aus Singapur und Südthailand, die sie auf Schnellbooten über den Golf von Bengalen bringen. Die Separatisten und der ISI zahlen mit Geld und Drogen, das die Tamilen-Tiger wieder an anderen Orten einsetzen. Drogen und Waffen sind voll globalisiert und niemand kann mehr feststellen, welche Drogengelder z.B. nach Pundschar, Kaschmir oder Dagestan fließen. Indischen Berichten zufolge gelangt der Großteil des Heroins und des schwächeren „Braunen Zuckers“ über den Pundschar von Pakistan ins Land. Viel wird auch durch die Wüste nach Jaisalmer und Barm in Radschistan geschmuggelt; weitere Wege verlaufen über Kaschmir und angeblich auch durch Samba und R.S. Pura.

Die zentralasiatischen Drogenrouten

Solange die Sowjets in Afghanistan waren, gelangte das meiste afghanische Opium und Heroin zuerst nach Pakistan und dann über Schmuggelwege durch Indien und Nepal in den Westen. Inzwischen hat sich das geändert. 1995 berichtete ein französischer Journalist aus der kasachischen Hauptstadt Alma Ata, als Alternative zu den altbekannten Drogenrouten über Karatschi oder die Makrana-Küste in Belutschistan gebe es neue Wege, die schmalen, gewundenen Karawanen- und Hirtenpfade über das Pamir-Gebirge nach Tadschikistan. Seither hat sich die Lage weiter verschlechtert. Der Aga Khan, das Oberhaupt der im Pamirgebiet weitverbreiteten Ismailiten-Sekte, gibt Gelder für den Bau einer Fernstraße von der tadschikischen Hauptstadt Duschanbe zur Karakorum-Autobahn. Bis Kharog ist die Straße bereits fertiggestellt. Bald könnten die Drogen mit Lastwagen und Autos gen Westen nach Kashgar und anderen Städten Xinjiangs, aber auch nach

Kaschmir und Tibet und weiter östlich nach Nepal gelangen.

Die nach Norden fahrenden Drogenhändler halten in Osch, der zweitgrößten Stadt Kirgisistans. Sie ist inzwischen zu einem zentralen Umschlagplatz für Heroin und Haschisch aus Afghanistan und Tadschikistan geworden. Im Farghana-Tal, wo Osch liegt, wird ebenfalls von Jahr zu Jahr mehr Opium angebaut.

Logistik und Finanzen

Vor einigen Jahren haben wir dokumentiert, daß die Britische Afghanistanhilfe (Afghan Aid U.K., AAUK) und das Londoner *Radio Freies Kabul* die beiden wichtigsten Koordinationsstellen für die Unterstützung der afghanischen Mudschaheddin während des Krieges gegen die Sowjetunion waren (siehe „New Terror International Targets South Asia, *EIR*, 13.10.1995). Hauptförderer der AAUK, die im pakistanischen Lahore saß, war der damalige Präsident des Oberhauses und Lordsiegelbewahrer Viscount Cranborne. Gründer von *Radio Freies Kabul* war Lord Nicholas Bethell, der gemeinsam mit Premierministerin Margaret Thatcher amerikanische Hilfe für die Mudschaheddin organisierte, was angesichts des Einflusses von Zbigniew Brzezinski nicht allzu schwer war.

1980 wurde in den USA das Afghan Relief Committee gegründet, das vom New Yorker Bankier John Train gefördert wurde und vor allem Gelder an den korrupten Gulbuddin Hekmatyar und seine Hezbe Islami vergab. Lord Bethell war in London Anlaufstelle für das Komitee für ein freies Afghanistan (CFA), das Hekmatyars Haupttrivale vor Ort, den Tadschiken Ahmed Shah Massoud, finanzierte. Große Summen flossen aus den USA sowie aus Saudi-Arabien und anderen arabischen Ländern.

Mitte der 80er Jahre kam schon die Hälfte des Heroins auf Amerikas Straßen aus dem „Goldenen Halbmond“, der sich vom Iran bis Pakistan und Afghanistan erstreckte. Die nordwestliche Grenzprovinz Pakistans wurde zum Hauptumschlagplatz für Drogen und Waffen. Um 1988 betrugen Pakistans Einnahmen aus Opium und Heroin Schätzungen zufolge 8-10 Mrd. Dollar jährlich, fast ein Viertel des BIP. Eine von einem Pakistani gegründete neue Geldwäschebank, die Bank of Credit and Commerce International (BCCI), wurde von der Londoner City gefördert und ihre Geschäfte von der führenden britischen Buchprüfungsfirma Price Waterhouse abgeseget.

Es blieb nicht beim Kampf gegen die Sowjets und für die anglo-amerikanische Kontrolle über Afghanistan. Nach der Auflösung der Sowjetunion wurde verstärkt Zentralasien mit seinen gewaltigen Energievorräten zur Zielscheibe. Wie schon im 19. und frühen 20. Jahrhundert wußte man um die strategische Bedeutung dieser Region als Schnittstelle zwischen Europa und Ostasien, Südasien und den Golfländern. Die westlichen Neokolonialisten

benutzen die „islamischen Fundamentalisten“, um Rußland, Indien und China zu schwächen. Da die Briten die besten Kenner Zentralasiens und des islamischen Fundamentalismus sind, wird die Planung weitgehend London überlassen.

Der Vormarsch läuft. Nach neueren Berichten werden die afghanischen Taliban von regulären pakistanischen Soldaten unterstützt. Der ISI rekrutiert indischen Pressemeldungen zufolge für gutes Geld junge Moslems in Kirgisistan und Kasachstan für einen Aufstand der Uiguren in Xinjiang.

Der britische MI-6 bietet „islamischen Fundamentalisten“ in London Geld und Unterschlupf. Angeblich steht auch der saudische Terrorist und Mudschaheddin-Finanzier Osama bin Laden in

Kontakt mit London. Indien, Frankreich sowie mehrere konservative moslemische Staaten haben England aufgefordert, keine islamischen Terroristen mehr zu schützen. Der Jemen beschwerte sich, weil der Terroristenführer Scheich Abu Hamza im Londoner Stadtteil Finsbury Park unbehelligt wirken kann. Abu Hamzas Sohn war einer jener drei britischen Staatsbürger, die in einem Terroristen-camp im Zentraljemen verhaftet wurden, weil sie Bombenanschläge in Aden planten. Ein anderer Skandal war, daß der britische Staatsbürger Shafiqur Rehman aus Lancashire für die Terrorgruppe Lashkar-e-Toiba, die in Kaschmir gegen die Inder kämpft, Gelder gesammelt hat.

Ramtanu Maitra

Eine „ölige“ Familie: Die Brzezinskis und das „Große Spiel“ im Transkaukasus

Durch die britische Geopolitik im Transkaukasus und in Zentralasien, die Brzezinski vertritt, könnte ein dritter Weltkrieg ausgelöst werden.

Zbigniew Brzezinski, der Sicherheitsberater Präsident Carters in den 70er Jahren und Mentor der heutigen US-Außenministerin Madeleine Albright, hat aus der Geographie eine Religion gemacht: die „Geopolitik“. Nachzulesen sind Brzezinskis verrückte Ideen in seinen Artikeln in *Foreign Affairs* (der Zeitschrift des New Yorker Council on Foreign Relations) und in seinem Buch *The Grand Chessboard* — wörtlich „Das große Schachbrett“ —, das in Deutschland unter dem Titel *Die einzige Weltmacht* erschien.

Brzezinski verfißt eine ähnliche geopolitische Doktrin wie vor hundert Jahren der Brite Harold Mackinder und der Deutsche Karl Haushofer. Diese alte Geopolitik war der Vorwand dafür, daß Großbritannien die beiden Weltkriege inszenierte, um die Integration Eurasiens zu verhindern. Die neue Geopolitik, die Brzezinski in seinen Schriften vertritt und in seinen Geschäften praktisch umsetzt, sieht den Kaukasus und Zentralasien als „Zone der Instabilität“, wo man ethnische Instabilitäten und Stammeskonflikte (die noch auf die Zeit von Lord Palmerston und dem Oxford-Absolventen und Begründer der Moslem-Bruderschaft Al-Afghani zurückgehen) im Hobbesschen Sinne manipulieren kann. Das könnte nun einen dritten Weltkrieg auslösen.

Brzezinski erneuert das „Große Spiel“, das im 19. Jahrhundert besonders England, Rußland und das untergehende Osmanische Reich in endlose Kriege um die Kontrolle der Zentralasien-Transkaukasus-

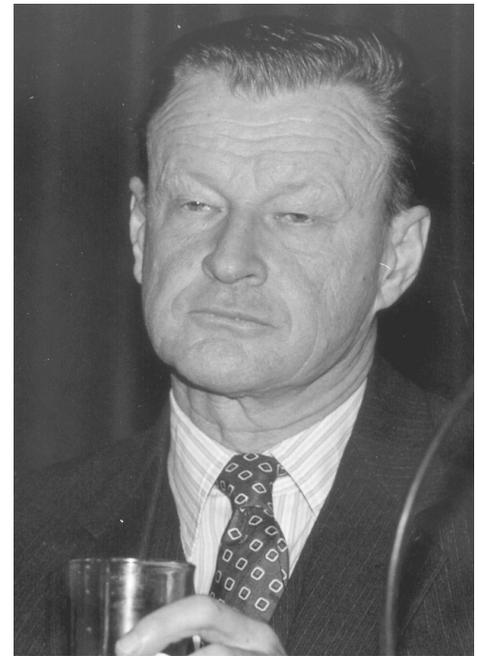
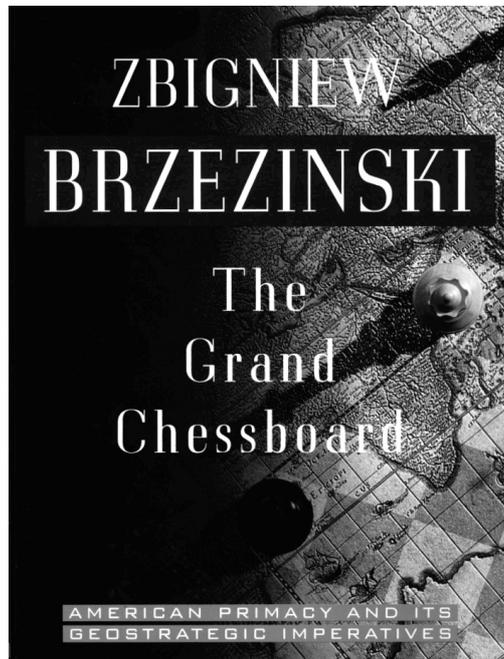
Region verstrickte. Gleichzeitig arbeiten er und seine Familie mit anglo-amerikanischen Ölkonzernen zusammen, die wie einst Cecil Rhodes in Afrika die bedeutenden Rohstoffvorkommen der Region wie Erdöl, Erdgas und Gold an sich reißen wollen. Ein zentraler Aspekt von Brzezinskis Geopolitik ist das Ziel, jeglichen Einfluß Rußlands in diesem Teil der früheren Sowjetunion auszuschalten — ohne Rücksicht auf die militärischen Folgen.

In *Die einzige Weltmacht* findet Brzezinski übrigens lobende Worte für die Geopolitik Karl Haushofers, des Mystikers der anglophilen „Thule-Gesellschaft“. Haushofer trichterte Adolf Hitler die Idee vom „Drang nach Osten“ ein. Hitler sollte Deutschland in den Krieg gegen die Sowjetunion führen. Das entsprach dem Ziel der britischen Geopolitik, ein friedliches Miteinander auf dem eurasischen Kontinent nachhaltig zu verhindern. Mit der gleichen geopolitischen Einstellung, die zum Ersten und Zweiten Weltkrieg führte, behandelt Brzezinski in seinem Buch die Frage, wie sich eine erneute Vorherrschaft Rußlands im Transkaukasus und in Zentralasien verhindern ließe.

„Der eurasische Balkan“

In *Die einzige Weltmacht* schreibt Brzezinski: „Rußlands Verlust seiner beherrschenden Position an der Ostsee fand sein Pendant am Schwarzen Meer, zum einen wegen der Unabhängigkeit der Ukraine, zum anderen, weil die jetzt unabhängige

Für Zbigniew Brzezinski sind die Nationen der Welt nur Schachfiguren in einem großen Machtspiel. Sein Buch *The Grand Chessboard* erschien auf deutsch unter dem Titel *Die einzige Weltmacht*.



gen kaukasischen Staaten — Georgien, Armenien und Aserbeidschan — die Möglichkeiten der Türkei verbesserten, ihren verlorengegangenen Einfluß in der Region aufs Neue geltend zu machen ... Mit der Unabhängigkeit der zentralasiatischen Staaten hatte sich Rußlands südöstliche Grenze an einigen Stellen um mehr als tausend Meilen nach Norden verschoben. Die neuen Staaten verfügen über riesige Mineral- und Erdölvorkommen, die ausländische Interessenten anlocken mußten ... Da sie von der Türkei, dem Iran, Pakistan und Saudi-Arabien unterstützt wurden, waren die zentralasiatischen Staaten entgegen russischen Hoffnungen nicht geneigt, ihre neue politische Souveränität gegen eine selbst gnädige wirtschaftliche Integration mit Rußland zu tauschen ... Für die Russen mußte das Gespenst eines möglichen Konflikts mit den islamischen Staaten entlang der gesamten Südflanke Rußlands (die zusammen mit der Türkei, dem Iran und Pakistan mehr als 300 Millionen Menschen aufbieten) Anlaß zu ernster Besorgnis sein.“

Brzezinski behauptet, der Transkaukasus und Zentralasien seien für Rußland, was das „Pulverfaß Balkan“ für Westeuropa sei. In dem Kapitel „Der eurasische Balkan“ führt er aus:

„Das Wort Balkan beschwört in Europa Bilder von ethnischen Konflikten und Stellvertreterkriegen der Großmächte herauf. Auch Eurasien hat seinen Balkan, aber der ist viel größer, dichter bevölkert und religiös und ethnisch noch heterogener. Der eurasische Balkan liegt innerhalb jenes großen Rechtecks, das die angesprochene Kernzone globaler Instabilität einschließt und Teile von Südosteuropa, Zentralasien sowie einige Gebiete Südasiens, die Region um den Persischen Golf und den Nahen Osten umfaßt.

Der eurasische Balkan bildet den inneren Kern dieses großen Rechtecks und unterscheidet sich von

seinem äußeren Umfeld durch ein besonderes Merkmal: er ist ein Machtvakuum. Zwar sind auch die meisten Staaten in der Golfregion und im Nahen Osten alles andere als stabil, doch üben im Endeffekt die USA dort eine Schiedsrichterfunktion aus. Die instabile Region steht mithin unter dem Einfluß einer einzigen Macht, die einen mäßigen Einfluß ausübt. Im Gegensatz dazu erinnert der eurasische Balkan wirklich an den uns aus der Geschichte dieses Jahrhunderts vertrauteren Balkan in Südosteuropa: Die dortigen Staaten sind nicht nur hochgradig instabil, ihre Lage und innenpolitische Verfassung fordern die mächtigen Nachbarn zum Eingreifen geradezu heraus, und jeder widersetzt sich mit Entschlossenheit den Bestrebungen der anderen, die Vorherrschaft in der Region zu erlangen. Es ist dieses wohlvertraute Phänomen des Machtvakuums mit der ihm eigenen Sogwirkung, das die Bezeichnung ‚eurasischer Balkan‘ rechtfertigt...

Außerdem kommt ihm [dem „eurasischen Balkan“] sicherheitspolitische Bedeutung zu, weil mindestens drei seiner unmittelbaren und mächtigsten Nachbarn von alters her Absichten darauf hegen, und auch China ein immer größeres Interesse an der Region zu erkennen gibt. Viel wichtiger aber ist der eurasische Balkan, weil er sich zu einem ökonomischen Filetstück entwickeln könnte, konzentrieren sich in dieser Region doch ungeheure Erdgas- und Erdölvorkommen, von wichtigen Mineralien einschließlich Gold ganz zu schweigen.“

Die Jagd nach dem „schwarzen Gold“

Zu der Zeit, als er *Die einzige Supermacht* schrieb, war Brzezinski Berater des Erdölkonzerns Amoco für Geschäfte am Kaspischen Meer. Diese Funktion

hatte er mindestens bis zur feindlichen Übernahme des Konzerns durch British Petroleum im vergangenen Jahr inne. Amoco spielte eine wesentliche Rolle bei der Bildung des Erdölkonsortiums Azerbaijan International Operating Co. (AIOC). Die AIOC wurde nach dem Machtantritt von Hejdar Alijew im Juni 1993 gegründet, nachdem der gewählte Präsident Aserbeidschans Abulfaz Elchibej durch einen bewaffneten Aufstand gestürzt worden war. Der heute 70jährige Alijew war früher KGB-Chef und gehörte unter Leonid Breschnew dem Politbüro der KPdSU an.

Am 4. Oktober 1998 erschien in der *Washington Post* der erste von drei Artikeln mit dem Titel „Pipelineträume — Der Kampf um das kaspische Erdöl“. Der erste Artikel von Dan Morgan und David Ottaway mit der Überschrift „Aserbeidschans Reichtümer verändern das Schachbrett“ befaßt sich mit den Aktivitäten Brzezinskis und Amocos in Aserbeidschan. Dort heißt es, die westlichen Erdölkonzerne hätten nach anfänglicher Skepsis, ob vielleicht Moskau hinter Alijews Putsch stecke, bald erkannt, daß Alijew genau der Präsident sei, auf den sie gewartet hätten. Alijew einigte sich bald mit Amoco und machte kurzerhand seinen Sohn Ilham Alijew zum Vizepräsidenten der staatlichen aserbeidschanischen Erdölgesellschaft.

Am 20. September 1994 schloß Alijew mit der Erdölindustrie das „Jahrhundertgeschäft“, wie er es nannte. Das AIOC-Konsortium würde 7,4 Mrd. Dollar für die Erschließung der drei großen Erdölfelder Aseri, Chirag und Guneschwili ausgeben. Bis 2010 sollte die Tagesförderung auf 800 000-1 Mio. Barrel steigen.

Amoco (heute BP) gehörte zusammen mit McDermott, Unocal und Pennzoil zu den größeren Partnern der AIOC. Zusammen hielten sie etwa 40% der Anteile, das war bei weitem der größte Block. Exxon schloß sich ein Jahr später dem Konsortium an. BP hielt schon vor der Übernahme von Amoco 17% an der AIOC, vermutlich dank des Einsatzes der früheren britischen Premierministerin Margaret Thatcher. Die restlichen AIOC-Anteile teilten sich die Aserische Erdölgesellschaft und verschiedene andere Gesellschaften, darunter der private russische Konzern Lukoil.

Anfang 1995 gründeten die in Aserbeidschan engagierten amerikanischen Erdölgesellschaften die Gruppe „Foreign Oil Companies“ mit Sitz in Washington. Vertreter dieser Gruppe kamen mit der Energieexpertin des Nationalen Sicherheitsrates (NSC) Sheila Heslin und dann mit einem Ausschuß unter Leitung von Sicherheitsberater Sandy Berger zusammen. Es ging um die Routen der Pipelines und Schiffe mit dem Erdöl aus Aserbeidschan und dem Kaspischen Meer. Es existierte eine Pipeline durch Rußland, die mit relativ geringem Aufwand modernisiert werden könnte. Aber dann hätte Rußland in den Augen Brzezinskis und einiger Vertreter der Regierung Clinton zu großen Einfluß auf die Geschäfte der AIOC.

Wie die *Washington Post* weiter schreibt, traf sich Berger 1995 zweimal mit Vertretern der AIOC-Firmen und überzeugte den AIOC-Präsidenten Terry Adams von BP von der Notwendigkeit, eine 250 Mio. Dollar teure neue Pipeline außerhalb russischer Kontrolle von Baku zum georgischen Schwarzmeerhafen Suspa zu bauen. BP hatte ursprünglich die billigere Lösung bevorzugt, die russische Pipeline für 50 Mio. Dollar zu modernisieren. Im September 1995 entschied sich die AIOC dann für die Doppellösung, die russische Pipeline zu nutzen und auch weiter westlich eine neue Pipeline zu bauen.

Wenig später fragte Clintons Sicherheitsberater Anthony Lake Brzezinski privat, ob er Alijew einen Brief Clintons überbringen könnte. In dem Schreiben hieß es, die USA wollten zwei Pipelines und wären bereit, als Gegenleistung bei der Beilegung des Konflikts zwischen Aserbeidschan und Armenien über Berg-Karabach zu helfen.

Brzezinski, der kurz darauf Berater für Amoco wurde, erklärte später, er habe zugestimmt, weil er über die russischen Absichten im Transkaukasus besorgt gewesen sei. Er überbrachte Alijew den Brief und führte dann noch mehrere Tage ausführliche Gespräche. Er erfuhr, die Russen hätten gefordert, alles Erdöl aus Aserbeidschan solle durch russische Pipelines laufen, und zudem sollten russische Soldaten in Aserbeidschan stationiert werden.

Der Eurasien-Direktor von Amoco, Don Stacy, gewann Präsident Clinton für die Zwei-Pipelines-Politik, und im Oktober 1995 warb Clinton telefonisch bei Alijew für den Plan; eine Woche später stimmte Alijew zu. (Laut *Washington Post* versprach Clinton Alijew, die Sanktionen nach „Abschnitt 907“ gegen Aserbaidschan aufzuheben, die der Kongreß auf Betreiben der armenisch-amerikanischen Lobby wegen des Krieges gegen Armenien verhängt hatte.) Anfang 1996 kamen die Russen zu dem Schluß, daß die Kontrolle über eine von zwei Pipelines besser wäre als gar nichts, und lenkten ein.

In *Die einzige Weltmacht* macht Brzezinski kein Hehl daraus, warum er Rußland aus der Erschließung und Förderung des aserbeidschanischen Öls heraushalten will:

„Prompt gerieten im Kaukasus die weniger als vier Millionen Armenier und die über acht Millionen Aserbeidschaner in einen offenen Krieg über den Status von Nagornyj-Karabach, einer Enklave mit überwiegend armenischer Bevölkerung innerhalb Aserbeidschans. Der Konflikt gipfelte in großangelegten ethnischen Säuberungen, und Hunderttausende von Flüchtlingen und Vertriebenen flohen in beide Richtungen. Da die Armenier Christen und die Aserbeidschaner Moslems sind, trug die Auseinandersetzung Züge eines Religionskrieges. Der in ökonomischer Hinsicht verheerende Konflikt erschwerte es beiden Ländern zusätzlich, ihre Unabhängigkeit zu festigen. Armenien war genötigt, sich stärker auf Rußland zu verlassen, das

erhebliche militärische Hilfe zur Verfügung gestellt hatte, während Aserbeidschans neue Unabhängigkeit und innere Stabilität durch den Verlust von Nagornyj-Karabach gefährdet waren.

Aserbeidschans Verwundbarkeit zeitigt Auswirkungen auf die gesamte Region, weil seine Lage es zu einem geopolitischen Dreh- und Angelpunkt macht. Es ist gewissermaßen der lebenswichtige Korken, der den Zugang zur Flasche mit den Bodenschätzen des Kaspischen Beckens und Zentralasiens kontrolliert. Ein unabhängiges, türkisch sprechendes Aserbeidschan mit Pipelines, die es mit der ethnisch verwandten und politisch als Stütze agierenden Türkei verbinden, verwehrte Rußland seine Monopolstellung im Zugang zur Region und beraubte es damit seines entscheidenden politischen Druckmittels auf die Politik der neuen zentralasiatischen Staaten. Dennoch ist Aserbeidschan von zwei Seiten starkem Druck ausgesetzt: von Rußland im Norden und vom Iran im Süden. Im nordwestlichen Iran leben zweimal soviele Aseris — einige Schätzungen sprechen sogar von 20 Millionen — wie in Aserbeidschan. Da der Iran separatistische Tendenzen unter seinen Aseris befürchtet, betrachtet er die Souveränität Aserbeidschans mit gemischten Gefühlen, obwohl beide Länder dem Islam angehören. Folglich sieht sich Aserbeidschan bei seinen Verhandlungen mit dem Westen sowohl russischem als auch iranischem Druck ausgesetzt.“

Amoco war zwar (mit Brzezinski als Berater) die mächtigste ausländische Institution in Aserbeidschan, aber als es von BP übernommen wurde, hatten schon bald die Briten das Sagen. Immerhin war Lady Thatcher schon im September 1992 mit 30 Mio. Dollar Anzahlung für die Erschließung zweier Ölfelder in der Tasche angereist. Den extrem anglophilen Brzezinski stört dieser Wechsel nicht. In seinem Buch spielt er die geostrategischen Aktivitäten des Commonwealth-Imperiums herunter; England ist für ihn „die wichtigste Stütze der USA, ein sehr loyaler Verbündeter, eine unerlässliche Militärbasis und ein enger Partner bei heiklen Geheimdienstaktivitäten“.

Es bleibt in der Familie

Am 18. Mai forderte Brzezinskis Sohn Mark in der *Washington Post* die Aufhebung der Sanktionen gegen Aserbeidschan. Mark Brzezinski arbeitet für die Anwaltskanzlei Hogan & Hartson, die nach eigener Aussage im Erdöl- und Erdgasgeschäft am Kaspischen Becken engagiert ist. In dem Artikel beklagt er, daß die USA den vier Millionen Armeniern 600 Mio. Dollar an Hilfen zahlen, aber den acht Millionen Aseris nur 100 Mio. Dollar, obwohl das Erdöl und Erdgas doch in Aserbeidschan sei.

Trotz der Sanktionen sei Präsident Alijew proamerikanisch, weil er darauf baue, daß ihn die USA vor dem Druck von Rußland im Norden und dem Iran

im Süden schützen. Weiter schreibt er:

„Kontrollierte Rußland Aserbeidschan, könnte es das Land im Westen von Zentralasien, besonders von der Türkei, abriegeln und so die russische Kontrolle der erdölreichen zentralasiatischen Staaten verstärken. Eine russische Dominanz über Aserbeidschan sicherte auch die russische Vorherrschaft über andere Kaukasusstaaten, vor allem Armenien und Georgien.

Seine Lage macht Aserbeidschan es zu einem lebenswichtigen Verkehrskorridor, der den Zugang zum Kaspischen Becken und nach Zentralasien kontrolliert. Ein starkes und autonomes Aserbeidschan, mit Pipelines, die bis zur Türkei reichen, garantierte dem Westen einen Zugang zur Region und würde Rußland und dem Iran entscheidende politische Druckmittel gegenüber der Politik der neuen zentralasiatischen Staaten aus der Hand nehmen.“

In einem Gespräch mit dem Verfasser berichtete Mark Brzezinski, der republikanische Senator Sam Brownback habe zum sog. Seidenstraßen-Gesetz einen Zusatz für die Aufhebung der Sanktionen gegen Aserbeidschan eingebracht, sei damit aber gescheitert.

Auf die Frage, ob er ähnlich wie sein Vater ein größeres Engagement Chinas im Erdölgeschäft im Kaspischen Becken als Gegengewicht gegen Rußland befürworte, erklärte er: China sei bereits ein großer Investor bei Energieträgern in der Region, es habe umfangreiche Förderrechte in Kasachstan erworben. Es gebe Pläne, eine 2600 km lange Pipeline nach Ostchina zu bauen. Obwohl das „astronomische“ Größenordnungen seien, betrieben die Chinesen das Projekt ernsthaft. Vor kurzen sei der kasachische Außenminister in China gewesen, und man habe sich sehr ernsthaft mit diesem Projekt beschäftigt. Und im Oktober werde der Präsident Kasachstans Nursultan Nasarbajew in China erwartet.

Derzeit stelle Rußland noch den einzigen Zugang zur Region dar, aber es habe sich als „wenig verläSSLicher Partner“ erwiesen, weil es zentralasiatisches Erdöl und Erdgas zwar transportieren, aber keinen vollen „Marktwert“ dafür zahlen will. „Rußland zeigte sich wenig kooperativ, was den Transport von Erdöl und Erdgas von Baku nach Noworossisk anging.“

Die Vorstellung, China mehr Einfluß in Eurasien zu lassen, solange es sich an die Vorgaben der anglo-amerikanischen Finanzoligarchie hält, stimmt mit der Sicht seines Vaters überein. Dieser schreibt in *Die einzige Weltmacht*:

„Ein geostrategisch grundlegendes Problem wirft Chinas Aufstieg zur Großmacht auf. Die beste Lösung wäre es, wenn man ein zur Demokratie findendes, marktwirtschaftlich organisiertes China in einen größeren Rahmen regionaler Zusammenarbeit einbinden könnte ... Das gefährlichste Szenario wäre möglicherweise eine große Koalition zwischen China, Rußland und vielleicht dem Iran, ein

nicht durch Ideologie, sondern durch die tief sitzende Unzufriedenheit aller Beteiligten geeintes antihegemoniales Bündnis. Ein solches Bündnis würde in Größenordnung und Reichweite an die Herausforderung erinnern, die einst von dem chinesisch-sowjetischen Block ausging, obgleich diesmal wahrscheinlich China die Führung übernahm und Rußland sich dieser anschloß. Um diese Eventualität, wie fern sie auch sein mag, abzuwenden, müssen die Vereinigten Staaten gleichzeitig an der westlichen, östlichen und südlichen Peripherie geostrategisches Geschick beweisen.“

Interessanterweise verfaßte Brzezinskis Neffe Matthew Brzezinski, der bis vor kurzem Mitarbeiter des *Wall Street Journal* war, zahlreiche Lobeshymnen auf russische „neoliberale Reformer“ wie Anatolij Tschubajts und die Entwicklung der russischen Erd-

ölindustrie. Er begrüßte die Privatisierung der russischen Erdöl- und Erdgasindustrie sowie den möglichen Zusammenschluß der privatisierten Unternehmen — u.a. Beresowskij's Firma Sibneft — zu einem der größten Ölkonzerne der Welt, AO Juxi, mit Reserven, die größer sind als die von Exxon und Royal Dutch Shell zusammengenommen. Er berichtete auch über Versuche von BP, Shell und der französischen Elf Aquitaine, russische Erdöl- und Erdgasunternehmen billig aufzukaufen, und über die Aktivitäten von Lukoil, dem einzigen russischen Mitglied des von BP beherrschten AIOC-Konsortiums in Aserbeidschan.

Offenbar hat die Familie Brzezinski im Erdöl das richtige Schmiermittel für ihre geopolitischen Spinnereien gefunden, ganz besonders im Kaukasus und in Zentralasien. *Scott Thompson*

Eine Londoner Zeitung enthüllte Einzelheiten über die Rekrutierungsarbeit von Osama bin-Ladens Terrorgruppe IIF in England.

Osamas englische Terroristen

Für den 12. November hat die Internationale Islamische Front (IIF) zu einer öffentlichen Versammlung in London geladen. Der Gründer und Geldgeber der IIF ist der meistgesuchte Terrorist der Welt, Osama bin-Laden. Während die Regierung der Vereinigten Staaten Millionen Dollar ausgibt, um den „Superterroristen“ in die Hand zu bekommen, gestattet die britische Monarchie Osamas Leuten, ganz offen für den Dschihad (den „Heiligen Krieg“) zu werben, ja mehr noch, auf britischem Territorium militärische Übungen abzuhalten. Beobachter haben bereits vorgeschlagen, den geborenen Saudi in „Osama bin-London“ umzutaufen.

Neue Einzelheiten über das Wirken des „neuen internationalen Terrorismus“ unter dem Schutz der Regierung Blair veröffentlichte der *Sunday Telegraph* am 7. November. Jede Woche machten sich Dutzende neuer Dschihad-Kämpfer aus England auf den Weg nach Tschetschenien, um am Krieg gegen Rußland teilzunehmen, heißt es dort.

Der langjährige Mitarbeiter bin-Ladens, Scheich Omar Bakri Mohammed, der den „politischen Arm“ der IIF leitet, äußerte sich unverblümt gegenüber den *Telegraph*-Reportern Chris Hastings und Jessica Berry. „Freiwillige aus England reisen ins Ausland, um sich Lagern der IIF und anderer Organisationen anzuschließen. Wenn sie dort sind, erhalten sie eine militärische Ausbildung oder nehmen am Dschihad teil. Letzte Woche haben wir 38 Personen nach Tschetschenien geschickt.“ Er fuhr fort: „Unsere Freiwilligen sind keine Terroristen. Sie tun Zivilisten nichts, und sie tun den Menschen in England nichts.“

Die letzte Behauptung stimmt: In England selbst

tun die Terroristen nichts. Denn England ist eines der wenigen Länder auf der Welt, das internationalen Terroristen Unterschlupf und Handlungsfreiheit gewährt. Eine Gesetzesvorlage, mit der die Planung von Terrorakten im Ausland in Großbritannien unter Strafe gestellt werden sollte, wurde vor einigen Jahren von George Galloway von der Labour Party im Unterhaus blockiert.

Scheich Omar Bakri Mohammed behauptet auch, in England selbst fände kein militärisches Training statt, aber andere Mitglieder der IIF erklären das Gegenteil. Anjem Choudary, ein wichtiger Werber der Gruppe, sagte gegenüber dem *Telegraph*: „Bevor sie ins Ausland gehen, um für Organisationen wie die IIF zu kämpfen, werden die Freiwilligen in Britannien ausgebildet. Ein Teil der Ausbildung erfolgt mit Gewehren und scharfer Munition.“ Auch verschiedene Rekruten berichten, sie hätten in Lagern an verschiedenen Orten im Vereinigten Königreich einen militärischen Ausbildungskurs absolviert.

Sanktionen gegen England

Für die Leser der *Neuen Solidarität* sind diese Enthüllungen wenig überraschend. In den letzten Wochen und Monaten haben wir in zahlreichen Artikeln beschrieben, wie England das „Große Spiel“ im Kaukasus und in Zentralasien, das es im 19. Jahrhundert gegen rivalisierende Imperien betrieb, heute zu erneuern versucht. Vor allem Rußland soll jetzt in möglichst viele schwache Kleinstaaten aufgespalten werden.

Ein „Erfolg“ für London in dieser Hinsicht war die Invasion von aus Tschetschenien kommenden

„Separatisten“ in Dagestan im Frühjahr. Die Küste Dagestans macht 70% des russischen Zugangs zum Kaspischen Meer aus, dessen reiche ungenutzte Öl- und Erdgasreserven die britischen Ölkonzerne an sich reißen möchten.

Natürlich wurde zur Unterstützung dieser „Separatisten“, der Wahabiten, nicht gleich die britische Marine losgeschickt. London würde aber sehr gerne wieder die im Afghanistankrieg (1979-89) verfolgte Strategie wiederholen, als vom Westen gestützte sog. *Mudschaheddin* oder *Afghanzi* gegen die Rote Armee kämpften. In diesem Krieg stieg Osama bin-Laden mit britischer Hilfe zum mächtigen

Söldnerführer auf, und rund um die Welt warten Zehntausende „Veteranen“ nur auf ihren Einsatz in einem neuen „Heiligen Krieg“.

Während das FBI bin-Laden hinterherjagt und die Taliban-Führung in Kabul drängt, ihn aus seinem High-Tech-Versteck in Afghanistan zu holen und auszuliefern, wird der Dschihad täglich unter den Augen der Krone und der Regierung Blair in London organisiert. Wenn die Regierung Clinton Rußland wirklich im Kampf gegen den separatistischen Terror im Nordkaukasus beistehen möchte, sollte sie internationale Sanktionen gegen Großbritannien fordern.

Jeff Steinberg

Krieg im Kaukasus: Die Vorgeschichte

Die Hintergründe des heutigen Tschetschenien-Konflikts, der zum Zünder eines neuen Weltkriegs zu werden droht.

Unmittelbar nach der Selbstauflösung der Sowjetunion hatte der ehemalige Sowjetgeneral Jochar Dudajew 1991 die Unabhängigkeit Tschetscheniens ausgerufen. Ende 1994 wurden russische Militäreinheiten nach Tschetschenien geschickt, um das Land wieder unter die Zentralregierung zu zwingen. Der sich daraus ergebende bewaffnete Konflikt forderte mehr als 80 000 Opfer. Er endete im Sommer 1996 mit einem Waffenstillstand, der damals von General Alexander Lebed ausgehandelt wurde. Die endgültige Festlegung des politischen Status Tschetscheniens innerhalb der Russischen Föderation wurde um fünf Jahre, auf 2001, verschoben.

Von Anfang an war klar, daß Dudajew eine Figur auf dem geopolitischen Schachbrett des britischen Foreign Office war, wobei es um die gleichen Gebiete ging, die Gegenstand der jahrzehntelangen nordkaukasischen Agitation gegen das Russische Reich im 19. Jahrhundert waren. Seit Jahren hatten Analytiker und andere aus dem Umkreis des britischen Geheimdienstes eine Revolte im Kaukasus vorausgesagt, welche die Sowjetunion zerstören würde. Am lautstärksten äußerte sich hierzu Prof. Alexandre Bennigsen von der Pariser Sorbonne, ein Kollege des Orientologen und Sufi-Mystikers Louis Massignon. Bennigsens Tochter Marie Bennigsen Broxup trat in seine Fußstapfen und ist heute Herausgeberin der britischen Vierteljahresschrift *Central Asian Survey*.

Im August 1991 wurde die „Tschetschenische Republik“ als Vollmitglied in die Organisation Nichtrepräsentierter Völker (UNPO) aufgenommen, der wichtigsten Nichtregierungsorganisation für britisch gelenkte Aufstände zur Zerschlagung großer Staaten. Im Oktober 1991 entsandte die

UNPO ein Expertenteam, um die „Wahlen“ in Tschetschenien zu überwachen. Der Bericht der Gruppe wurde in Broxups *Central Asian Survey* in voller Länge abgedruckt.

Unterstützt und ermutigt wurde Dudajew von der früheren britischen Premierministerin Margaret Thatcher, deren Freund Lord McAlpine, der das Projekt für einen „Kaukasischen Gemeinsamen Markt“ entwarf, sowie von der Gruppe für Minderheiten-Rechte unter Sir John Thompson, dem ehemaligen britischen Botschafter in Indien und damals bei den Vereinten Nationen. Die gleiche Unterstützung erfuhr Dudajews Nachfolger General Aslan Maschadow, nachdem Dudajew im April 1996 durch eine ferngesteuerte Rakete getötet worden war. Im derzeitigen Konflikt sagt jedoch Maschadow selbst, der Aufruhr im Nordkaukasus werde von fremden Mächten gesteuert, die an der Destabilisierung Rußlands interessiert seien.

Der aktive Kern ist ein radikaler Flügel der tschetschenischen Unabhängigkeitsbewegung unter Führung von Schamil Bassajew und dem jordanischen Commander Khattab (Hottab), die beide aus dem britisch geleiteten internationalen „Afghanzi“-Terrorismus stammen. Sie operieren von Gebieten in Tschetschenien aus, die selbst Maschadow nicht unter Kontrolle hat, sondern im Machtbereich der „Wahhabiten“-Bewegung liegen. 1998 war ihr Hauptangriffsziel Dagestan, die Kernregion des russischen Nordkaukasus. Dagestan ist nicht nur wegen seiner Größe, der Lage am Kaspischen Meer und als potentielle Pipeline-Route strategisch wichtig. Vor allem aber droht die geographische Verteilung von 23 ethnischen Gruppen in Dagestan jeden lokalen Konflikt zu einem internationalen werden zu lassen. Beispielsweise leben die

Lesgier in Süddagestan zum Teil auch jenseits der Grenze zu Nordaserbaidschan.

Dudajews Aufstieg zur Macht

Der Aufstieg Dudajews strafte alles Demokratie-Gerede seiner ausländischen Hintermänner Lügen. Im November 1990 entstand der Tschetschenische Volkskongreß, dessen Mitglieder mehrheitlich für Autonomie innerhalb Rußlands eintraten. Im Juni 1991 wurde Dudajew zu dessen Vorsitzendem gewählt. Der Kongreß forderte nun die vollständige Unabhängigkeit von Rußland, und diejenigen Nationalisten, welche für weniger drastische Schritte waren, wurden ausgeschlossen. Am 1. September 1991 erklärte Dudajew den Obersten Sowjet Tschetscheniens für ungesetzlich und sich selbst zum Präsidenten. An jenem Tag stürmten seine Anhänger das Parlamentsgebäude und übernahmen noch in der gleichen Woche die Kontrolle über den tschetschenischen Sowjet.

Als der russische Vizepräsident Alexander Ruzkoj am 9. Oktober 1991 die Entwaffnung der Milizen Dudajews forderte, ordnete Dudajew die Mobilisierung aller Tschetschenen gegen Rußland an, und seine Demokratische Wajnach-Partei rief zum „heiligen Krieg“ auf. Eine „allgemeine Wahl“ vom 27. Oktober 1991 brachte Dudajew einen Stimmenanteil von 90%, und das ihm willfährige Parlament übertrug ihm sofort weitreichende Vollmachten. Gleichzeitig erklärte Dudajew die völlige Unabhängigkeit Tschetscheniens. Kein Staat erkannte formal die Selbständigkeit an, aber verschiedene Länder schlossen Verträge mit Dudajew — die Türkei, Deutschland, Japan, die Baltenstaaten, die Ukraine und Kasachstan.

Ansprüche seitens verschiedener tschetschenischer Clans und Parteien setzten Dudajew allerdings zu. Im April 1993 löste er mit einem Schlag das Parlament und das Verfassungsgericht auf. Rebellierende tschetschenische Einheiten zogen sich nach dem Nordwesten zurück, wo sie zunächst Hilfe und Nachschub von Moskau erhielten. Es kam zum Bürgerkrieg. Im Juni 1994 versuchte die tschetschenische Opposition erfolglos Grosnyj einzunehmen, und dieser Fehlschlag führte zur direkten militärischen Intervention Rußlands.

Anfang Dezember 1994 begann die russische Luftwaffe, Flugplätze und Militärlager in Tschetschenien zu bombardieren. Am 11. Dezember drangen die Russen mit etwa 40 000 Mann in Tschetschenien ein, wurden aber im Januar schwer geschlagen, als sie die Hauptstadt einzunehmen versuchten. Daraufhin begann die russische Luftwaffe, Grosnyj mit Bombentepichen zu belegen, In der Stadt kam es zu schwersten Zerstörungen, und nahezu 25 000 Zivilisten wurden getötet. Schließlich nahmen die Russen die zerstörte Stadt nebst drei weiteren ein, und der Kriegsschauplatz verlagerte sich ins Gebirge.

Trotz eines Waffenstillstands im Juni 1995 und der Einsetzung einer neuen Regierung durch die Russen im Dezember dauerte der Krieg in Tschetschenien bis zum Sommer 1996 an, wobei die russische Luftwaffe immer wieder tschetschenische Dörfer als Vergeltung für Guerilla-Anschläge auf die russischen Besatzungstruppen bombardierte.

Lord McAlpines Geschäfte

Der erste russische Tschetschenienkrieg endete 1996 offiziell mit der Einnahme und Verwüstung der Hauptstadt Grosnyj. Der Krieg und die Tatsache, daß nicht sofort mit dem wirtschaftlichen Neuaufbau begonnen wurde, führten zu einer Situation, in der sich der Terrorismus in der Region ausbreitete und Einflußagenten der Britisch-amerikanischen Commonwealth-Machtgruppe (BAC) die Dienste von — meist tschetschenischen — Guerilla-Führern kaufen konnten.

London hatte bereits wichtige Kräfte an Ort und Stelle, darunter die Ableger der Firma Sir Robert McAlpine & Söhne sowie einen Vizepräsidenten der Europäischen Liga für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Lord McAlpine, der normalerweise in Venedig lebt, hatte maßgeblichen Anteil am Aufstieg des grün-roten Labour-Darlings Tony Blair. Als enger Freund von Lady Thatcher und während fünfzehn Jahren führender Geldbeschaffer für die Tory-Partei lief McAlpine 1996 zur Reform-Partei des verstorbenen Finanziers Jimmy Goldsmith über.

McAlpines Geschäftspartner Hoshahmed Nuchajew, Vorsitzender des als geschlossene Aktiengesellschaft geführten „Kaukasischen Gemeinsamen Marktes“, bemühte sich 1997 um die Konzession für den tschetschenischen Teil der Ölleitung Baku-Noworossijsk. Nuchajew und McAlpine gründeten den Kaukasus-Investitionsfonds und das Projekt Kaukasischer Gemeinsamer Markt zusammen mit dem milliardenschweren saudischen Waffenhändler Adnan Kashoggi; McAlpine war auch Teilhaber am Ölleitungsgeschäft. 1997 berichtete die *Nesawissimaja Gaset*a, diese Geschäfte hätte ein gewisser „Mansur“ Jachimczyk eingefädelt, Vizepräsident der kaukasisch-amerikanischen internationalen Handelskammer, ein undurchsichtiger Geschäftemacher aus Polen, der sich in der Rolle eines antirussischen kaukasischen Guerilla-Führers aus dem 19. Jahrhundert gefalle (der wiederum ein italienischer Geheimdienstmann war). Im Vorgriff auf seine zukünftige Karriere im Nordkaukasus war Jachimczyk als Student in London zum Sufismus übergetreten.

1996, als der Waffenstillstand in Tschetschenien zustande kam, unternahm Marie Broxup eine Erkundungsreise in den Nordkaukasus. Ihre Botschaft lautete: Als nächstes kommt Dagestan dran. Seitdem wurde das Dagestan-Projekt in britischen geopolitischen Kreisen am Kochen gehalten. Typisch dafür ist ein Aufsatz vom 18. Juli 1998 im

Londoner *Economist* unter der Überschrift „Rußland und Dagestan: Außer Kontrolle?“ Dem Leser wird nahegelegt: „Man setze Dagestan auf die Liste der unregierbaren kleinen Staaten, die Rußlands Südrand aufzureißen drohen.“

Als Mittel zur Zerstörung Dagestans dient die islamische Wahhabiten-Sekte, die in diesem Vielvölkergebiet so gut wie keine Basis hat, denn in Dagestan ist der Sufismus die traditionelle Religion, nicht der Wahhabismus, dessen Anhänger nur eine winzige Minderheit ausmachen.

Schamil Bassajew ist der tschetschenische Guerillaführer, der am aktivsten die Spannungen in Tschetschenien aufrecht erhält und die wahhabitischen Machenschaften nach Dagestan trägt. Seine engsten Verbündeten sind Commander Khattab und der mysteriöse Terrorist Salman Radujew, der bisweilen in Anspielung auf den mutmaßlichen Tod des wirklichen Salman Radujew bei einem Bombenangriff vor einigen Jahren als „Salman Radujew“ apostrophiert wird. Bassajew erschien im Juni 1995 plötzlich auf der Bildfläche, als er mit hundert seiner Leute in Budjonnowsk/Dagestan ein Krankenhaus besetzte und Geiseln nahm. Überall in Rußland wurde dieser gewaltsame Übergriff als harter psychologischer Schlag empfunden, denn man sah darin eine Ausweitung des Tschetschenien-Krieges auf das übrige Rußland.

Schamil Bassajew läßt seine Rolle als „britische Schachfigur“ deutlich erkennen. Er trainierte für seinen *Dschihad* in den Lagern der Afghanzi-Kämpfer, wie er selbst im Juli 1995 sagte: „Ich habe mich schon lange vor dem Beginn des Angriffs auf Tschetschenien auf den Krieg mit Rußland vorbereitet. Zusammen mit Kämpfern aus meinem abchasischen Bataillon (georgische Separatisten) habe ich dreimal die Lager der afghanischen Mudschaheddin besucht, wo ich die Taktiken des Guerilla-Krieges erlernte.“

Im Juli 1998 schloß sich Bassajew als amtierender Ministerpräsident Tschetscheniens der geopolitischen Offensive der BAC-Machtgruppe gegen China an. In einem offenen Brief an den chinesischen Ministerpräsidenten Zhu Rongji stellte er der chinesischen Führung nach Darstellung der Zeitung *Moskowskij Komsomolez* ein Ultimatum: Wenn China noch einmal von Tschetschenien als einem Teil Rußlands rede, werde Tschetschenien die separatistischen Bestrebungen der Uiguren in Sinkiang im Nordwesten Chinas aktiv unterstützen.

Britischer Guerilla-Krieg

Ende 1997, gerade als die Übersetzung von Brzezinskis Leitfaden zur Zerschlagung Rußlands, sein Buch *Die einzige Weltmacht*, erschienen war und in Moskau innerhalb und außerhalb der Regierung wütende Reaktionen hervorrief, verschärfte sich die von London ausgehende kombinierte politisch-geschäftliche Offensive im Nordkaukasus. Im März 1998 reiste der tschetschenische Führer Mascha-

dow nach London. Er behauptete, die Baronin Thatcher werde Tschetschenien besuchen, sobald zwei von einer tschetschenischen Bande festgehaltene britische Bürger frei wären. Aber Frau Thatchers Büro dementierte die Besuchspläne ebenso wie Maschadows Behauptung, sie werde eine Experten-Kommission zur Prüfung der Beziehungen zwischen Rußland und Tschetschenien leiten. Es war offensichtlich, daß nun andere Figuren als General Maschadow umworben wurden, und es ist hilfreich, die Entwicklung von 1987-88 im Lichte eines russischen Hintergrundberichts von Schamsuddin Mamjew und Piotr Iwanow zu betrachten, der am 10. Februar 1998 in *Kommersant Wlast* erschien. Man kann keine Gewähr für die Genauigkeit der darin enthaltenen Einzelheiten übernehmen, aber aus dem Bericht wird deutlich, daß in Moskau London als Brandstifter im Nordkaukasus erkannt wurde.

Im *Wlast*-Bericht heißt es, eine britische Delegation, die am 13. Oktober 1997 nach Grosnyj kam, repräsentiere die Finanzgruppe von Jimmy Goldsmith, dessen Schwiegersohn, „den pakistanischen Playboy Imran Khan“ und Lord Alistair McAlpine, „Goldsmiths langjährigen politischen Verbündeten“. Die Verhandlungen mit den Tschetschenen drehten sich um die Pachtrechte für den tschetschenischen Teil der Ölleitung Baku-Noworossijsk, wofür im Gegenzug Investitionen in den Wiederaufbau der tschetschenischen Wirtschaft fließen würden.

„Zwei Wochen später, einen Tag, bevor das erste aserische Rohöl in Tschetschenien ankam, wurde Choschamed Jarichanow aus der Leitung der Southern Oil Company (YUNKO) entfernt und die Gesellschaft als solche aufgelöst, womit dem Öl-Abkommen zwischen Moskau und Grosnyj die Grundlage entzogen war. Die Mächtigen in Tschetschenien zogen das Finanzgenie des toten Sir Goldsmith der Reise-Diplomatie des [russischen Automobil- und Ölmagnaten] Boris Beresowskij vor. Bald danach, am 5. November, wurde Beresowskij seines Postens als stellvertretender Generalsekretär des russischen Sicherheitsrats enthoben. An jenem Tag veröffentlichte die *Nesawissimaja Gaseta* den Text des britisch-tschetschenischen Vertrages, welcher der Zeitung von Maczej ‚Man-sur‘ Jachimczyk zugespielt worden war.“

Wlast beleuchtete weiter die Geschichte des Kaukasischen Gemeinsamen Marktes und der Kaukasischen Investitionsbank und meinte, diese geschäftlichen Tätigkeiten paßten sich nahtlos in die britische irreguläre Kriegführung in der Region ein: „Ende November wurde der von den Briten versprochene Investitionsfonds in London vorgestellt. Am Vorabend dieses Ereignisses hatte der Goldsmith-Erbe Lord McAlpine Nuchajew bei Margaret Thatcher eingeführt ... Die Gruppe um Goldsmith wollte ihre Aktivitäten nicht auf Tschetschenien zu beschränken. Das Spiel breitete sich nach Dagestan aus, wo eine neue politische

Kraft, die Wahhabiten, am Werk war. Am 10. Dezember wurden in Moskau Angebote zur Entwicklung der russischen (einschließlich dagestanischen) Ölvorkommen ausgeschrieben. Zwölf Tage später griffen die Wahhabiten, die von einem Jordanier zusammen mit Tschetschenen ausgebildet worden waren, die russische Garnison in Buinaksk an ... Um sicher zu gehen, daß die Vertreter der Ölgesellschaften verstanden, wer hinter diesem bewaffneten Übergriff stand, ließ die Goldsmith-Gruppe verschiedene Hinweise fallen. Am 14. November erklärte Lord McAlpine seine Absicht, eine ehemalige britische Kommandoeinheit nach Tschetschenien zu schicken unter dem Vorwand, zwei britische Staatsangehörige (Geiseln) zu befreien, aber auch mit dem Plan, ‚die (tschetschenischen) Regierungstruppen aufzubilden‘. Nuchajew versprach, 400 000 Dollar für diesen Zweck bereitzustellen. Im Dezember unternahm Imran Khan eine Reise nach Tschetschenien. Mitte Januar traf auf Veranlassung von Jachimczyk und Nuchajew eine Gruppe polnischer Kämpfer in Tschetschenien ein.“

Tschetschenien und Dagestan

Im April 1998 kam es in Grosnyj zu einem Gipfeltreffen der Führer der nordkaukasischen Republiken der Russischen Föderation sowie der angrenzenden Territorien Stawropol und Krasnodar. Die Initiative dazu ging von dem russischen stellv. Ministerpräsidenten Ramasan Abdulatipow aus, der selbst aus Dagestan stammt. Zur Zeit dieses Treffens war jedoch die ganze Regierung Tschernomyrdin von Präsident Jelzin bereits entlassen worden, wodurch die Autorität Abdulatipows stark gemindert war. Während er sich für einen Wirtschaftsaufbau und andere Maßnahmen zur Verhütung einer weiteren Zersplitterung der Region und ihrer Abtrennung von Moskau aussprach, meldete sich Nuchajew vom britisch gelenkten Kaukasischen Gemeinsamen Markt zu Wort und hielt eine Rede, die zum Programm der ganzen Konferenz wurde. Unmittelbar nach dem Gipfel gab Maschadow eine Erklärung ab, womit er in Nuchajews Horn stieß: Tschetschenien habe sich praktisch schon von Rußland abgelöst und könne seine Wirtschaft ohne die Hilfe Rußlands wieder aufbauen. „Alle Nachbarn sind sich darüber im klaren“, sagte er, und „die Zukunft des Kaukasus liegt in einer Konföderation“.

Aus dem Bericht der *Moskowskije Nowosti* über das Treffen vom April 1998 geht hervor, daß Magomedali Magomadow, der Vorsitzende des dagestanischen Staatsrats, keineswegs Maschadows Meinung teilte, sondern offen erklärte: „Dagestan war, ist und bleibt Teil der Russischen Föderation.“

Am 26. April veranstaltete der tschetschenische stellv. Ministerpräsident Mowladi Udogow, der Führer der Islamischen Nationalpartei, in Grosnyj einen „Kongreß des tschetschenischen und des

dagestanischen Volkes“, an dem teilzunehmen sich Magomadow weigerte. Der Kongreß erklärte sich als „permanent“, und Schamil Bassajew wurde zu seinem Vorsitzenden gewählt.

Attentate und Entführungen

Fast unmittelbar danach eskalierten Entführungen, Überfälle und Attentatsversuche in Tschetschenien und immer öfter auch in Dagestan. Sie richteten sich gegen hohe russische Beamte und Militärs, Ausländer und dagestanische politische und religiöse Führer, die gegen die separatistische Verschwörung waren.

Im Mai 1998 wurde der Unterhändler des russischen Präsidenten Walentin Wlasow in der Nähe des Dorfes Assinowskja in Inguschetien, nahe der tschetschenischen Grenze, entführt.

Schon 1997 hatte es in Tschetschenien und seiner Umgebung 200 Entführungen gegeben, teils zur Erpressung von Lösegeld, teils politisch begründet. Es wurden tschetschenische Polizeikräfte entführt, die versuchten, die Guerilla-Aktivitäten zu unterbinden. Der dagestanische Sicherheitsbeamte Magomed Tolbojew sprach im Mai 1998 von „Dagestanern, die, als Tschetschenen getarnt, zwischen beiden Republiken operieren. Es wurden internationale Gruppen gebildet. Ein ganzes Netz von ‚Spionen‘, Entführern, Mittelsmännern, Unterhändlern usw. ist dort tätig.“

Am 21. Dezember 1998 wurde der frühere tschetschenische Ministerpräsident Salambek Chadschijew, der im Oktober 1995 zurückgetreten war, entführt.

Boris Beresowskij, Erzfeind Jewgenij Primakows, dessen Absetzung er vor einigen Monaten erwirkte, und Berater der Familie Jelzin, machte nun Verhandlungen zur Befreiung von russischen Entführungsoffern zu einem Geschäft, das er oft heimlich und gegen den Beschluß der Moskauer Zentralregierung, kein Lösegeld zu zahlen, betrieb. Auf diese Weise finanzierte er die radikalen Rivalen des Präsidenten Maschadow, den seine britischen Gönner offenbar fallen gelassen hatten.

(Nach Bassajews Übergriffen auf Dagestan im Herbst 1999, beschuldigte Maschadow Beresowskij in einem Interview mit *Le Monde*, Bassajew zu unterstützen und zu finanzieren. Am 28. September berichtete *Le Monde*, Beresowskij habe Bassajew vor dem Einfall in Dagestan 30 Mio. Dollar zukommen lassen und sich zwei Wochen vor Beginn der Kampfhandlungen in Dagestan mit einem Mittelsmann Bassajews in Biarritz getroffen.)

Im Januar 1998 entschärften dagestanische Sicherheitskräfte mehrere Bomben, die in einem vor dem Parlamentsgebäude der Hauptstadt Machaschkala abgestellten Auto versteckt waren.

Am 28. April 1998 flog in Machaschkala ein mit Sprengstoff beladenes Auto gerade in dem Augenblick in die Luft, als der Wagen des stellv. dagestanischen Ministerpräsidenten Iljas Umachanow

vorbeikommen sollte. Es gab in jenem Jahr mehrere Attentatsversuche auf den antiseparatistischen Bürgermeister von Machaschkala, Sayid Amirow. Der Mufti Sayid-Magomed Abubakarow von Dagestan, ein lautstarker Gegner der Wahhabiten, wurde nach mehreren erfolglosen Versuchen schließlich im August 1998 ermordet.

Akmal Sayidow, stellv. Geschäftsträger Rußlands in Tschetschenien, wurde am 29. September 1998 entführt und ermordet. Schagid Bargischew, Leiter des tschetschenischen Amtes für die Verhütung von Entführungen, wurde am 25. Oktober 1998 in Grosnyj ermordet. Am gleichen Tag wurden bei einem Überfall auf den tschetschenischen Mufti Ahmadhadji Kadyrow drei Häuser zerstört.

Eskalation zum Krieg

Im Dezember 1998 versuchte das Scharia-Gericht in Tschetschenien, das Parlament aufzulösen und die ganze Macht an sich zu reißen. Maschadow schlug den Angriff zurück, aber seine Autorität sank, während die Bassajews zunahm. Gleichzeitig eskalierten die Angriffe auf das russische Militär, bis regelrechte Kriegshandlungen ausbrachen.

Zu den schwersten Kämpfen seit 1996 kam es, nachdem wahhabitische Kämpfer aus Tschetschenien Dörfer in Dagestan besetzt hatten. Maschadow selbst behauptete, die Wahhabiten seien vom Ausland finanziert, um den Nordkaukasus wie auch ganz Rußland auseinanderzudividieren. Der Präsident Inguschetiens, General Ruslan Auschew, stellte sich hinter ihn. Laut *Moskowskije Nowosti* vom 24. August sagte er: „Es ist kein Geheimnis, daß die Banditen (in Dagestan) von rivalisierenden Kräften finanziert werden, die versuchen, den Verlauf der kaspischen Ölleitung zu ändern.“

Zwischen 1. Januar und Juni 1999 wurden mehr als 100 Menschen, meistens Soldaten und Grenzposten der Polizei, bei Guerilla-Übergriffen aus Tschetschenien getötet. Es gab Überfälle auf Truppen des Innenministeriums und auf reguläre russische Streitkräfte. Die Absetzung des russischen Ministerpräsidenten Jewgenij Primakow, der diplomatische Schritte zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Tschetscheniens begonnen hatte, um die Beziehungen zwischen Moskau und Maschadow zu stabilisieren, bedeutete grünes Licht für eine weitere Eskalation des Konflikts seit März 1999.

Die Zahl der Getöteten nahm wieder zu und die Entführungen trafen immer hochrangigere Opfer. Im März wurde Generalmajor Gennadij Schipgun vom Innenministerium in Grosnyj entführt. Während sich die Aufmerksamkeit der Welt auf den Kosovo richtete, fing Rußland an, Truppen an der tschetschenischen Grenze zusammenzuziehen.

Im August begannen wahhabitische Guerilla-Truppen von Tschetschenien aus in Dagestan einzufallen. Durch kombinierte Luft-Boden-Operationen der Russen wurden sie wieder vertrieben, worauf-

hin Bassajew neue Terrorakte gegen Rußland androhte, „wie die Welt sie noch nicht gesehen hat“.

Am 9. und 13. September töteten zwei Bomben in Moskauer Wohnhäusern mindestens 215 Russen. Am 16. September explodierte eine Autobombe vor einem Wohnhaus in der südrussischen Stadt Wolgodonsk, wobei elf Menschen ums Leben kamen. Der Startschuß für Rußlands Tschetschenienkrieg war gefallen.

Die „einzige Weltmacht“ signalisierte Moskau dafür „grünes Licht“: Der zum NATO-Generalsekretär aufgestiegene britische Verteidigungsminister George Robertson erklärte offiziell, der Tschetschenien-Konflikt sei eine innerrussische Angelegenheit.

Am 30.9. bezeichnete der frühere russische Ministerpräsident Viktor Tschernomyrdin in einer Rede in Washington den saudischen Finanzier bin-Laden als „führenden Kopf des Terrorismus in Tschetschenien“ und forderte eine russisch-amerikanische Zusammenarbeit gegen den „islamischen Terrorismus“.

Am 14.10. brachten die USA und Rußland gemeinsam eine Resolution im UN-Sicherheitsrat ein, die ohne Gegenstimmen angenommen wurde und die Sanktionen gegen die afghanische Taliban-Bewegung verhängt, bis diese bin-Laden ausgeliefert habe.

In einer Rede vor dem Royal United Services Institute in London bezeichnete der stellv. russische Generalstabschef Gen. Walerij Manilow am 18. Oktober 1999 den Kampf gegen die tschetschenischen Rebellen als „Kampf gegen den Terrorismus“. Manilow traf sich mit zahlreichen britischen Regierungsvertretern und nahm vom 15.-17.10. an einer Konferenz in Wilton Park teil, die vom britischen Außenministerium finanziert wurde.

Nach mehrwöchigem Bombenkrieg gegen Tschetschenien dreht sich der Wind wieder — gegen Rußland. Zbigniew Brzezinski veröffentlichte am 10. November 1999 im *Wall Street Journal* und der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* eine Stellungnahme gegen die „russischen Neoimperialisten“, welche man daran hindern müsse, die gesamte Kaukasusregion einschließlich Georgiens zu erobern (bzw. den georgischen Präsidenten Schewardnadse, welcher der NATO beitreten will, zu ermorden). Tschetschenien vergleicht Brzezinski dabei mit Osttimor, das Vorgehen der russischen Regierung in Tschetschenien mit Stalins Völkermord. Ziel einer westlichen Intervention müsse ein UN-Protektorat über den Nordkaukasus sein. „Eine derartige Initiative könnte das Problem der Souveränität an den Rand drängen.“

Herausgeber: Dr. Böttiger Verlags-GmbH

Geschäftsführer: Dr. Helmut Böttiger, Bahnstraße 9a, 65205 Wiesbaden

Anschrift von Redaktion und Verlag: Bahnstr. 9a, 65205 Wiesbaden,

Telefon: 0611/7786100 Fax: 0611/7786118

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.

<http://www.solidaritaet.com/neuesol>

e-mail: redaktion@solidaritaet.com